



# DER ROTE FADEN



MdB Anette Kramme diskutierte beim VdK-Gesundheitsforum 2007 mit Vertretern der Krankenkassen über die Auswirkungen der Gesundheitsreform.

IMPRESSUM	INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
<p><b>Herausgeber:</b> MdB Anette Kramme, Unterbezirksvorsitzende Bahnhofstr. 1 95444 Bayreuth Telefon: 0921 / 870 1111 Fax: 0921 / 870 1254 E-Mail: anette.kramme@wk.bundestag.de</p> <p><b>Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:</b> 15.04.2007</p> <p><b>Bezug:</b> Abonnement kostenlos (per E-Mail oder per Post)</p> <p><b>Bestellung</b> unter Tel.: 0921 / 870 1111 oder anette.kramme@wk.bundestag.de</p> <p>Gerne veröffentlichen wir Berichte der Ortsvereine, Arbeitsgruppen etc. über Ihre Aktivitäten, z.B. Ergebnisse von Vorstandswahlen, erfolgreiche Aktionen oder Veranstaltungen. Bitte senden Sie uns Ihre Berichte baldmöglichst zu. Gerne auch mit Bild.</p>	<p>Grußwort von MdB Anette Kramme</p> <p><b>SPD VOR ORT – SPD VOR ORT – SPD VOR ORT</b> Kurznachrichten Nachrichten Kurz vorgestellt: Manfred Präcklein</p> <p><b>Veranstaltungen im Blickpunkt</b> Jahresauftakt Kreis-SPD Rechtsextremismus – Eine Herausforderung</p> <p><b>Abgeordnete vor Ort</b> MdB' s Kramme, Ernstberger und Dressel auf Wahlkreis-Tour</p> <p><b>Nachbetrachtung Bürgermeisterwahl Schnabelwaid</b> Ungereimtheiten bei der Bürgermeisterwahl</p> <p><b>Roter Faden Spezial: Die Gesundheitsreform</b> VdK-Gesundheitsforum 2007</p> <p><b>MdB Anette Kramme zum Thema...</b> Generation Praktikum Servicepoint Bayreuth Verkehrssicherheit Wiesenthau Postfiliale Seybothenreuth Bundespolizeiabteilung Bayreuth</p> <p><b>MdB Anette Kramme vor Ort</b> Jugendtreff Speichersdorf Besuch von Marion Caspers-Merk</p>	<p>Seite 2</p> <p>Seite 2 Seite 3 Seite 7</p> <p>Seite 8 Seite 9</p> <p>Seite 11</p> <p>Seite 13</p> <p>Seite 17</p> <p>Seite 18 Seite 24 Seite 25 Seite 26 Seite 27</p> <p>Seite 30 Seite 31</p>

## Grußwort von MdB Anette Kramme

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

im Februar haben wir schmerzlich erfahren müssen, wie eng Höhen und Tiefen der Politik beieinander liegen. Erst wurde Rüdiger Goller in Schnabelwaid nach einem denkbar knappen Wahlergebnis mit elf Stimmen Vorsprung zum Bürgermeister ernannt. Am morgen danach wurde jedoch nach einer dubiosen Nachzählung plötzlich sein Konkurrent von der CSU auf den Amtssessel gehievt.

Ohne den zuständigen Wahlleiter oder zumindest einem Vertreter der SPD wurden die Siegel der Wahlunterlagen auf Anweisung des Creußener Bürgermeisters Harald Mild gebrochen und die Stimmen von Mitarbeitern der Verwaltungsgemeinschaft nochmals ausgezählt - mit dem Ergebnis, dass nun plötzlich Hans-Walter Hofmann von den Christsozialen einen knappen Vorsprung für sich verbuchen konnte. Rüdiger Goller hat als logische Konsequenz die Wahl angefochten. Auch die Staatsanwaltschaft hatte die Ermittlungen aufgenommen - und in der Zwischenzeit wieder eingestellt.

Zum Thema Siegelbruch wollte man sich bei der Staatsanwaltschaft erst gar nicht äußern, war der Presse zu entnehmen, warum auch immer. Rüdiger Goller hat nun vorerst den Posten des zweiten Bürgermeisters angetreten. Dafür wünsche ich ihm viel Glück und Erfolg. Egal wie das Landratsamt nun auf unseren Einspruch reagiert, ob die Wahl wiederholt wird oder nicht, spätestens im Jahr 2008 haben die Schnabelwaider erneut die Möglichkeit, sich für einen Bürgermeister in ihrer Heimat zu entscheiden.

Mit solidarischen Grüßen

Eure Anette

## SPD vor ORT – SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor Ort – SPD vor

### KURZNACHRICHTEN

#### **OV Goldkronach Ehrung langjähriger Mitglieder**

Voll besetzt war die Gaststätte Goldene Krone bei der Jahresabschlussfeier des SPD-Ortsvereins Goldkronach. Unter den Feiernden waren auch Bundestagsabgeordnete Anette Kramme, Landtagsmitglied Wolfgang Hoderlein und Bürgermeister Günther Hoppert. Vorsitzender Hans Pedall resümierte im Rückblick auf das vergangene Jahr, die SPD müsse ihre geleistete Arbeit während des Jahres besser darstellen. Die Partei habe sich in die Stadtratsarbeit gut eingebracht, die Dorferneuerung von Nemmersdorf auf den Weg gebracht und die Straßensanierung fortgesetzt. Auf die Landespolitik bezogen äußerte er der durch das Land gehende Schub sei in der Stadt nicht zu spüren. Die Region Oberfranken bleibe von München aus auf der Strecke. Auch Hoderlein rügte die Sparpolitik der bayerischen Staatsregierung. Dass Bayern als reichstes Bundesland seine Kommunen, vor allen in den Randlagen, „verhungern“ lasse, sei nicht nachvollziehbar. Kramme ging auf die Belastung der Sozialversicherungssysteme ein. Der Rahmen der Veranstaltung wurde genutzt, um langjährige Mitglieder zu ehren. So konnte Vorsitzender Pedall zusammen mit Kramme und Hoderlein die Mitglieder Armin Scholz, Helmut Schröll, Rüdiger Fritsch, Hans Zapf und Bürgermeister Günther Hoppert für je 40 Jahre sowie Rudolf Ruckdeschel für 50 Jahre mit Urkunde und Ehrennadel auszeichnen.

NK / Pegnitz 15.12.2006 S. 26 (kg)

#### **OV Laineck Lainecker SPD will eigenständige Schule**

Eines der zentralen Themen beim traditionellen Neujahrsumtrunk des SPD-Ortsvereins Laineck war der Erhalt der Grundschule in eigenständiger Verantwortung mit einer Konrektorsteile, wie es SPD-Stadtrat Jörg Grieshammer einer Mitteilung der Sozialdemokraten zufolge fordert. SPD-Stadtverbandsvorsitzender und Stadtrat Dr. Christoph Rabenstein hatte in seinem Grußwort die konstruktive Zusammenarbeit mit den Lainecker Stadtraten Karin Heimler und Grieshammer hervorgehoben. Gerade im Bildungsbereich, so Rabenstein, habe die SPD im vergangenen Jahr Akzente gesetzt. Seine Partei sei „Impulsgeber und Vorreiter für die Einrichtung eines Ganztagsbetriebs in einer Grundschule gewesen“, so Rabenstein, der erneut die Graserschule als Standort einer solchen Ganztagschule ins Gespräch brachte. Karin Heimler betonte bei der Veranstaltung, sie werde den Betrieb der Bahnstrecke Bayreuth-Weidenberg sehr genau beobachten und weiche nicht von ihrer Forderung nach Halbschranken für die Bahnübergänge ab. Der SPD-Ortsverein Laineck trifft sich ab sofort jeden ersten Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Sportheim Laineck.

NK vom 11.01.2007 S.12

## **OV Heinersreuth Kommunalpolitische Diskussion**

Zu einer Aussprache über kommunalpolitische Themen hatte Gemeinderätin Elisabeth Linhardt als Vorsitzende der Heinersreuther SPD-Gemeinderatsfraktion nach Unterwaiz eingeladen. Bürgermeister Hans Dötsch referierte über aktuelle Themen in der Gemeinde Heinersreuth. In Sachen B 85 gebe es noch keine Fortschritte. Minister Beckstein habe alle Vorschläge abgelehnt: ein Nachtfahrverbot für Lastwagen oder Mautpflicht auf der B 85 für Lastwagen ebenso wie verbesserte Beschilderung an der A 9-Anschlussstelle in Neudrossenfeld/Kulmbach. Dötsch versprach, er werde nicht locker lassen, um Verbesserungen zu erreichen.

### **Keine große Lösung**

Eine große Lösung mit Ortsumfahrung sei aus den bekannten Gründen in weite Ferne gerückt. Die von CSU-Gemeinderäten vorgeschlagene Untertunnelung sei illusorisch. Darin waren sich die anwesenden Bürger einig. Diese Idee würde Unsummen an staatlichen Mitteln kosten und brächte für die Bevölkerung mehr Nachteile als Verbesserungen. Bedauerlich sei die Schließung des Aldi-Marktes in Altenplos. Nun komme es darauf an, die verbleibenden Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten. Hans Dötsch forderte auf, die in der Gemeinde vorhandenen Geschäfte nachhaltig durch guten Besuch zu unterstützen und so deren Bestand zu sichern.

Als Nahziele nannte Bürgermeister Hans Dötsch den Bau einer Sporthalle in Altenplos und die Dorferneuerung in Unterwaiz. Sicher sei die termingerechte Sanierung der Wasserversorgung. Auch das neue Löschfahrzeug LF 10/10 für die Feuerwehr Altenplos könne bereits bis Ende 2008 realisiert werden.

NK vom 18.01.2007 S.24

## **OV Pegnitz Drei-Königs-Treffen mit Günter Gloser**

Die Pegnitzer SPD hatte mit dem Staatsminister für Europa, Günter Gloser, einen alten Freund zum traditionellen Stärkeantrinken eingeladen. Auch der sympathische Schnabelwaider Politiker Rüdiger Goller kam mit Ehefrau Petra, dazu die Plecher SPD. SPD-Chef Charly Lothes gratulierte dem Waischenfelder SPD-Vorsitzenden Udo Lunz zum 35-jährigen Politik-Jubiläum. Lothes erinnerte an den VGN-Anschluss der Stadt: „Ich behaupte nach wie vor, dass die Pegnitzer den Anschluss an den VGN ihrer SPD zu verdanken haben.“ Als weiteren großen Erfolg wertete er die erneute Einführung der Buslinie Neuhaus-Plech-Betzenstein-Pottenstein, die vom Landrat schon einmal eingestellt wurde. Ziel sei jetzt, den VGN bis Schnabelwaid und Speichersdorf zu erweitern. Bayreuth könne noch heuer beitreten. „Dann wird endlich die Bahnfahrt nach Bayreuth billiger und wir bekommen auch nach 22 Uhr noch eine Zugverbindung zurück.“ Fraktionschef Uwe Raab kritisierte die CSU: „Ich habe es im Wahlkampf mehrfach betont und tue es immer noch. Wir fahren in unserer Region mit der CSU nicht gut. Die Politik der CSU hat unserer Stadt durch das Aus vieler Behörden, zuletzt das Amtsgericht, einen herben Zentralitätsverlust gebracht. Er forderte „diesen CSU-Staat“ auf, die Kinder unserer Stadt nicht im Stich zu lassen. „Den Lokalfürsten der CSU rufe ich ein weiteres Mal zu: Lauft nicht ständig blindlings euren Scheinhelden in München nach! Im Gegenteil, jagt sie aus dem Amt. Nehmt euch ein Beispiel an der mutigen Frau Pauli und setzt dieser Arroganz ein Ende.“ Große Kritik übte Raab auch am Umgang mit dem Thema „Sprungturm im Freibad“. „Sollen doch die Springer nach Bayreuth ins Bad gehen“, soll Bürgermeister Thümmler gesagt haben. „So können wir mit den Jugendlichen unserer Stadt nicht umgehen!“ Auch Günter Gloser ging mit der CSU hart ins Gericht. Die Art, wie in der Union Auseinandersetzungen geführt würden, sei unerträglich. Zwar müsse man nicht zum „St. Pauli Fan“ werden, aber den Mut zur Ehrlichkeit sollte man honorieren. Der Umgang mit dem Streit ließe den Bürger schon sehr an der Kompetenz der CSU zweifeln. Stoibers Verhalten gerade bei der Gesundheitsreform bezeichnete er als verantwortungslos. Vielen Unionspolitikern gehe es nur noch um die Absicherung der eigenen Machtposition.

NK / Pegnitz vom 08.01.2007 S.33 (ub)

## **OV Hausen Politik zu Fuß erleben**

SPD-Mitglieder und Interessierte trafen sich zu einem geführten Rundkurs in und um Hausen. Der Vorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion; Karl-Heinz Fuchs, und dessen Stellvertreterin Gerlinde Kraus führten die Gruppe. Als erstes ging es auf das Gelände der Kronenscheune. Dort erläuterte Fuchs die historische Entwicklung des Anwesens und die derzeitige Problematik. Danach ging es beim Aussiedlerhof Kupfer vorbei auf den „Berg“ mit großartigem Panoramablick über Hausen bis in die Fränkische. Ein idealer Platz, tun die Verkehrssituation Hansens zu erklären. Viele Anekdoten und Histörchen würzten den doch fast zweistündigen Spaziergang.

FT vom 26.01.2007 S.13

## **OV Eggolsheim „Bonnakern“ mit Anette Kramme**

Die SPD Eggolsheim veranstaltete ihre traditionelle Winterwanderung mit „Bonnakernessen“, an der als besonderer Gast Bundestagsabgeordnete Anette Kramme teilnahm. Am Treffpunkt hatten sich die Gäste aus dem gesamten Kreis Forchheim eingefunden, um gemeinsam nach Unterstümmig zu wandern. Die Gäste informierten sich unterwegs über den Fortgang der Großbaustellen in Eggolsheim.

FT vom 23.01.2007 S.9

## OV Pegnitz Stadträte gingen in Klausur

Die Pegnitzer Sozialdemokraten legten gestern einer Klausurtagung ihre Marschroute für das Jahr 2007 fest. Rund sechs Stunden tagten die Stadtratsfraktion, der Vorstand und weitere Mitglieder hinter verschlossenen Türen.

Bei dem alljährlich stattfindenden Treffen sollten die Themen für das neue Jahr diskutiert und in ihrer Bedeutung gewichtet werden, so Vorsitzender Karl. Lothes. „Wir müssen uns nicht verstecken“, sagte Vorsitzender Karl Lothes mit Blick auf das zurückliegende Jahr und das Ergebnis der Bürgermeisterwahl, bei der die Pegnitzer SPD in drei Wahllokalen die Mehrheit erzielte. Bei der Klausurtagung sollte auch ein Fahrplan für die anstehende Stadtratswahl 2008 vereinbart werden. Hinzu käme die Planung einer ganzen Reihe von Veranstaltungen, die am Samstag mit dem Stärkeantrinken beginne. Lothes ergänzte vor Beginn der Tagung, auch seine Stellungnahme zu den Äußerungen des oberbayerischen Bezirksvorsitzenden Ewald Schurer. Der hatte kurz vor der Klausur der Landes-SPD im Kloster Irsee den Zustand der Landespartei kritisiert und sie selbst für ihre andauernde Schwäche und schlechte Wahlergebnisse verantwortlich machte. Der Oberbayer hatte auch gefordert, die Partei auf einen weniger „larmoyanten Kurs“ zu bringen. Lothes dazu offen: Es bestehe sehr wohl parteiinterner Handlungsbedarf für die Bayern-SPD.

Ähnlich auch Stadtrat Uwe Raab. Seiner Ansicht nach spreche der Oberbayer Schurer die „Identitätskrise“ der Bayern-SPD an. Raab räumte ein, es sei für die Sozialdemokraten angesichts der Globalisierung schwer, einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit zu erreichen. Schließlich hätte die SPD die Hartz-Reformen auf den Weg gebracht. Raab zum Status quo in der Bayern-SPD: „Jammern ist nicht unser Stil“.

Zum aktuellen Konflikt in der CSU zwischen Ministerpräsident Edmund Stoiber und der Fürther Landrätin Gabriele Pauli äußerte sich Raab ebenfalls: „Stoiber hat kein Problem, er ist das Problem“.

Die Ergebnisse der gestrigen Klausurtagung wollten die Pegnitzer Sozialdemokraten zunächst für sich behalten. „Es wäre falsch, schon jetzt das Pulver zu verschießen, das wir gerade erst gesammelt haben“, so Raab abschließend.

NK / Pegnitz vom 05.01.2007, S.53

## OV Schnabelwaid Auszeichnung an Ehrenamtliche

Zusammen mit dem Bayreuther SPD Landtagsabgeordneten Christoph Rabenstein hatte Schnabelwaid Ortsvereinsvorsitzender Rüdiger Goller Vertreter aller 15 Schnabelwaidere Vereine, ohne politische Gruppierungen, eingeladen, um ihr Engagement für die Allgemeinheit zu würdigen.

„Ein Hoch dem Ehrenamt“ war die Veranstaltung überschrieben und für alle fand Goller anerkennende Worte. Er lobte das reichhaltige Angebot des Sportvereins und der Volkshochschule genauso wie das Engagement von Krieger- und Soldatenkameradschaft VdK, Gartenbauverein und Kirchengemeinden.

„Bei uns wird die Ökumene groß geschrieben“, betonte er im Hinblick auf die konfessionsgemischten Chöre bei Protestanten und Katholiken. Unterstützung von Seiten der Gemeinde werde es in Zukunft auch für die Feuerwehren geben. Die Zeiten des „Nur-Löschens“ seien vorbei.

### Wichtiger Zusammenhalt

„In Schnabelwaid ist die Welt noch in Ordnung, zumindest was das Ehrenamt betrifft“, fand auch Christoph Rabenstein angesichts der zahlreich erschienen Vereinsvertreter. Gerade in Zeiten, wo es immer schwieriger werde, Menschen für ehrenamtliche Arbeit gewinnen, sei der Zusammenhalt der Verbände auch untereinander eine Stärkung für die gesamte Marktgemeinde.

Rabenstein hob den Idealismus hervor, der mitgebracht werden muss, um einen Verein am Leben zu erhalten: „Das ist alles nicht selbstverständlich.“ Als kleines Dankeschön lud er die Vereinsvertreter zu einem Busausflug in den Landtag nach München ein. Einen Antrag im Gemeinderat auf regelmäßige Treffen der Vereinsvertreter will der FSV-Vorsitzende Gerhard Ziegler stellen. Er habe in der Vergangenheit vermisst, dass die Ehrenamtlichen öfter an einem Tisch sitzen.

NK 02.01.2007, S.34 (fe)

## Stadtverband Bayreuth SPD Bayreuth will stärkste Stadtratsfraktion werden

Die Niederlage bei der Oberbürgermeisterwahl im vergangenen Frühjahr ist verdaut, jetzt wird der Blick nach vorne gerichtet auf die Stadtratswahl im März 2008, bei der man stärkste Fraktion werden will. Selbstbewusstsein strahlten die führenden Vertreter der Bayreuther SPD beim Neujahrsempfang der Partei im Aktienkeller aus, zu dem auch der neue Regierungspräsident Wilhelm Wenning erschienen war.

Wolfgang Kern, der Vorsitzende der Stadtratsfraktion, betonte, dass sich die Bayreuther Sozialdemokraten seit 1948 erstmals in der besonderen Situation befänden, keinen Oberbürgermeister und auch keinen der Bürgermeister mehr zu stellen. Dennoch vertrete die SPD weiter eine pragmatische Politik, die „vernünftige Vorschläge, die den Bürgern weiterhelfen“, unterstütze. In den vergangenen Monaten habe die SPD vor allem in der Schulpolitik Akzente gesetzt. „Ohne das Engagement der SPD gäbe es keine Grundschulklassen an der Altstadtsschule und keine Graserschule mehr“, so Kern.

Auch sei es auf den Druck der SPD-Stadtratsfraktion zurückzuführen, dass in Sachen Neugestaltung der Maxstraße endlich etwas vorwärts gehe. Voran gehen müsse es auch endlich mit der Sanierung der Stadthalle. Dafür sei im Haushalt 2006 eine Verpflichtungsermächtigung über 890 000 Euro gestanden, aber nichts ausgegeben worden.

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

Im Gespräch mit der BR erklärte Kern, dass die Zusammenarbeit mit dem neuen CSU-Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl ordentlich laufe, die SPD-Fraktion werde rechtzeitig über die wichtigen Dinge, informiert. Die eigentlichen Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat seien nichts Neues gewesen, schließlich habe es im Gremium schon seit dem Verlust der absoluten SPD-Mehrheit im Jahr 1978 im Prinzip eine „bürgerliche Mehrheit“ gegeben. „Trotzdem wurden vorausschauende Vorschläge der SPD durchgebracht“, so Kern.

„Wir unterstützen den OB konstruktiv, wo es notwendig ist, erheben aber auch bei Bedarf eine kritische Stimme. Die SPD macht keine Opposition um der Opposition Willen“, erklärte Stadtverbandsvorsitzender und Landtagsabgeordneter Dr. Christoph Rabenstein. Für die Stadtratswahl im März 2008 kündigte Dr. Rabenstein eine „sehr interessante Liste mit dem einen oder anderen Nichtmitglied als 'Überraschkandidaten' an. Die SPD könne mit den bisherigen 13 Sitzen im Stadtrat nicht zufrieden sein.

Wahlziel der SPD sei es daher, stärkste Fraktion zu werden -ein Ziel, das bei den Stadtratswahlen 2002 nur um 3800 Stimmen verfehlt wurde. Programmatische Akzente möchten die Sozialdemokraten vor allem im sozialen Bereich und in der Bildungspolitik setzen - etwa mit, dem Einsatz für eine Ganztagsgrundschule und einem genauen Blick auf die Auswirkungen der heuer zum ersten Mal erhobenen Studiengebühren an der Universität.

Bayerische Rundschau vom 09.01.2007 S.26

## **Nachruf**

### **Walter Chwaka**

Sein Wunsch, 100 Jahre alt zu werden, ist nicht in Erfüllung gegangen. Am Sonntag verstarb Walter Chwaka im Alter von 86 Jahren. Er war ein streitbarer Geist, dieser am 23. August 1920 in Oberschlesien geborene Ingenieur. In Bürgerversammlungen war er manchmal der einzige, der Fragen stellte, oft unbequeme. Er lieferte sich mit Bürgermeister Manfred Thümmeler Wortgefechte und ließ bei bestimmten Themen nicht locker.

So wie bei seinem Traum, ein Eisstadion für Pegnitz. Dieses strebte er als Vorsitzender des EV Pegnitz (1965 bis 1980) mit einer Ausdauer und Hartnäckigkeit an, dass der damalige Bürgermeister Konrad Löhr zugab: „Er hat mich immer wieder genervt.“ Seine Beharrlichkeit war von Erfolg gekrönt, als das Eisstadion 1974 eröffnet wurde. Löhr verpasste ihm daraufhin den Titel „Eisheiliger“. Mit dem EVP war Walter Chwaka, der mit 17 Jahren nach der Flucht in Pegnitz eine neue Heimat fand, aufs Engste verbunden.

Er war einer der Gründer des Vereins 1963. Schon 1949 trat er in die Eishockeysparte des ASV Pegnitz ein. Von 1991 bis 1969 bekleidete er das Amt des Schiedsrichter-Obmanns Nord im Bayerischen Eissportverband. 1969 bis 1980 war er Regionalleiter Nord/ Ost. Der EV Pegnitz zeichnete ihn für seinen unermüdlichen Einsatz mit dem Titel Ehrenvorsitzender aus. Sport gehörte zu seiner großen Leidenschaft, er lief bis zum 79. Lebensjahr Schlittschuh, radelte und schwamm. Neun Mal errang er das goldene Sportabzeichen.

Walter Chwaka lernte Dreher, wurde Industriemeister und arbeitete als Ingenieur bei KSB. 1987 übernahm er das Amt des Ersten Vorsitzenden des KSB-Pensionistenvereins, den er 16 Jahre mit großer Gewissenhaftigkeit leitete. Politisch war er bis ins hohe Alter interessiert: Der überzeugte Sozialdemokrat sagte offen seine Meinung, direkt ehrlich und standfest. Walter Chwaka, der in der Lindenstraße lebte und zuletzt seinen Lebensabend im Brigittenheim verbrachte, hinterlässt einen Sohn und zwei Enkelkinder.

(Nordbayerische Nachrichten vom. 06.02.2007, S. 1/B1a)

## Wir gratulieren...

### Georg Will

Georg Will aus Weidenberg feierte seinen 70. Geburtstag. Will ist Marktgemeinderatsmitglied und Seniorenbeauftragter von Weidenberg. Seit 1978 sitzt er für die SPD im Marktgemeinderat Weidenberg, deren Vorstandschaft er noch heute angehört, ist Mitglied des örtlichen Bauausschusses und der Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Weidenberg.

Das Amt des Ortsvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Weidenberg übernahm er 1979. Seinen langjährigen Bemühungen war es mit zu verdanken, dass das Seniorenwohnheim der Arbeiterwohlfahrt in Weidenberg errichtet wurde. Seit 1994 übt er auch das Amt des Kreisvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt aus.

Seit seiner frühesten Jugend hat sich der Jubilar der Musik verschrieben. Spielte er zunächst bei der bekannten Kapelle Bauer in Weidenberg, war er auch Gründungsmitglied der Weidenberger Musikanten.

Die Liebe zur Musik war es, die ihn alte Musikinstrumente sammeln ließ. Diese stellt er seit 2006 in den sanierten Räumlichkeiten des einstigen Böhnerschen Anwesens in Weidenberg an der Alten Bayreuther Straße öffentlich aus.

(Frankenpost vom 02.02.2007)

### Karl Rasser

Im Kreis von Familie, Bekannten und Freunden feiert Karl Rasser heute seinen 60. Geburtstag. Der vitale Jubilar war und ist aus dem öffentlichen Leben des Marktes nicht wegzudenken.

Drei Wahlperioden lang, von 1978 bis 1996, gestaltete er die Geschicke der politischen Gemeinde als Marktrat entscheidend mit und zeigte sich 15 Jahre lang (von 1971 bis 1986) als Zweiter Kommandant der örtlichen Feuerwehr für die Sicherheit der Bürgerschaft sowie die Förderung des Nachwuchses verantwortlich. Darüber hinaus unterstützte er über Jahrzehnte die Soldatenkameradschaft und den Heimatverein im Ort.

Seine große Liebe aber gehört dem Männergesang, dem er bisher 45 Jahre seine Tenorstimme zur Verfügung stellte und den Verein 25 Jahre als Vorsitzender führte. In seine Zuständigkeit fielen in erster Linie das 125-jährige Gründungsfest 1989 und die Installation der regelmäßigen Liederabende zum Abschluss des Sängerjahres.

Beruflich stand Karl Rasser 45 Jahre im Armaturenbau der KSB Pegnitz seinen Mann, davon 25 Jahre als Vorarbeiter in der Dreherei. Mitte nächsten Jahres greift für ihn die Ruhestandsphase der Altersteilzeitregelung. Dann bleibt mehr Zeit für Gattin Christa, die Familien der beiden Söhne und einen zünftigen Schafkopf. Unter den Gratulanten, die sich heute bei ihm einreihen werden, wird auch der Männergesangsverein sein, der dem Jubilar ein Ständchen singt.

(Nordbayerische Nachrichten vom 29.12.06)

### Käthe Zöllner

Käthe Zöllner feierte am gestrigen Freitag ihren 85. Geburtstag im Brigittenheim. Die Jubilarin hat sich vor allem durch ihren Einsatz bei der Arbeiterwohlfahrt Pegnitz einen Namen gemacht. Zusammen mit ihrem verstorbenen Mann Georg, der die Ortsgruppe Pegnitz der Arbeiterwohlfahrt im Mai 1946 gründete, bauten die beiden gleichsam aus dem Wohnzimmer die Ortsgruppe auf. Später wurde auch der mittlerweile nicht mehr existierende Kreisverband Pegnitz ins Leben gerufen.

Käthe Zöllner engagierte sich dabei viele Jahre im Bereich der Kinder- und Seniorenrehabilitation. Noch bis weit in die 90er Jahre war sie Ansprechpartner für Senioren und organisierte deren Ausflüge. Ausgleich fand die Jubilarin in ihrer Leidenschaft, dem Singen. Zuerst im Kirchenchor, dann in der Sudetendeutschen Singgruppe. Über 50 Jahre sang sie zudem im Pegnitzer Volkschor. Außerdem ist sie seit vielen Jahren Mitglied der SPD-Ortsgruppe. Seit über einem Jahr lebt die rüstige alte Dame nun im Brigittenheim, vorher hatte sie eine Wohnung im betreuten Wohnen.

Aber sie fühle sich sehr wohl, so die gebürtige Nürnbergerin. Viel Unterstützung erfahre sie durch ihre Familie. Sie hat zwei Söhne, drei Enkelkinder und einen Urenkel. Es gratulierten gestern unter anderem auch Ulrike Ziegler, Schatzmeisterin der Arbeiterwohlfahrt Pegnitz, Reinhard Ullmann, Leiter der Förderschule in Pegnitz, Elisabeth Habscheid-Knorre, Uwe Raab und Enkeltochter Manuela Zöllner mit Söhnchen Jannik.

Nordbayerischer Kurier vom 03./04.02.2007 S.59

**Kurz vorgestellt: Manfred Präcklein, OV-Vorsitzender Eckersdorf/Donndorf**



**Manfred Präcklein**

Geburtsdatum/Ort: 14.01.1953/Zeickhorn

Familienstand: Geschieden/Zwei Kinder

Beruf: Journalist

SPD-Mitglied seit: 1973

Nach dem Abitur und zwei Jahren beim Bundesgrenzschutz (Grundausbildung in Bayreuth) habe ich zunächst Englisch und Geographie für das Lehramt an Realschulen studiert. Nebenbei habe ich als freier Mitarbeiter für die Neue Presse Coburg gearbeitet und sonntags in meiner Heimatgemeinde Grub am Forst Sonntag für Sonntag Orgel in der evangelischen Kirche gespielt. Unmittelbar nach dem ersten Staatsexamen begann ich ein Volontariat bei der Neuen Presse. 1981 nahm ich das Angebot der Deutschen Presse-Agentur (dpa) an, als Bezirksredakteur für Oberfranken in Bayreuth zu arbeiten.

Mein politisches Interesse wurde sowohl in der Familie geweckt als auch an der Schule, wo wir 1969 die Wahl von Gustav Heinemann zum ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten verfolgten und wenige Monate später die Regierungsübernahme in Bonn durch Willy Brandt. Sein Wahlspruch „Mehr Demokratie wagen“, seine Friedenspolitik und das Gott sei Dank gescheiterte Misstrauensvotum haben mich letztlich dazu gebracht, 1973 in die SPD einzutreten und aktiv mitzuarbeiten.

Als Vorstandsmitglied der Ende 1973 gegründeten Jungsozialisten gehörte ich automatisch dem Ortsvereinsvorstand der SPD in Grub am Forst an. Zu den Höhepunkten meiner jungen politischen und journalistischen Karriere gehörte zweifellos das Oberfrankentreffen der SPD mit unserem Parteivorsitzenden Willy Brandt 1977 in Grub am Forst. Ich durfte von der von mehr als 2000 Freunden besuchten Veranstaltung den Aufmacher für die Seite 1 der Neuen Presse schreiben und zudem eine Sonderseite mit Bildern gestalten.

Bei der Kommunalwahl im Frühjahr 1978 verlor die SPD in Grub am Forst sowohl die Bürgermeisterwahl als auch ihre vorher klare absolute Mehrheit im Gemeinderat. In der Folge habe ich an führender Stelle intern versucht, den Ortsverein nach dem Schock und dem Amtsverzicht des Ortsvereinsvorsitzenden und Bürgermeisterkandidaten wieder aufzurichten. Nachdem ich Ende 1978 als Redakteur bei der Neuen Presse übernommen wurde, musste ich mein parteipolitisches Engagement – wie dies bei Regionalzeitungen allgemein üblich ist, aufgeben.

Nach meinem Umzug nach Bayreuth habe ich mich zunächst weiter auf meinen Beruf konzentriert, eine Familie gegründet und in Eckersdorf ein Haus gebaut. Fritz Bernreuther, den ich von zahlreichen beruflichen Terminen kannte, hat mich schließlich motiviert, mich wieder politisch zu betätigen. Meine erste Veranstaltung der SPD in meiner neuen Heimat war der Zusammenschluss der beiden damals noch sehr mitgliederstarken Ortsvereine Donndorf und Eckersdorf. Als Pressereferent arbeitete ich zunächst im Ortsvereinsvorstand mit, ohne nach außen hin als SPD-Mitglied in Erscheinung zu treten.

In der Folgezeit habe ich meine Zurückhaltung mehr und mehr aufgegeben und festgestellt, dass mein politisches Engagement auch von (vernünftigen) politisch Andersdenkenden akzeptiert wird, auch wenn mir das die eine oder andere Unannehmlichkeit bei der dpa eingebracht hat. So ließ ich mich 1989 zum Stellvertreter des damals noch einmal 30 Jahre alten Ortsvereinsvorsitzenden Reinhardt Schmidt wählen. Bei meiner ersten Kandidatur für den Gemeinderat wurde ich als Nichteinheimischer auf Anhieb gewählt.

Seit 1991 stehe ich an der Spitze des SPD-Ortsvereins Eckersdorf-Donndorf. Seither arbeite ich, soweit es meine mittlerweile knappe Freizeit erlaubt, auch im Kreisvorstand und im Unterbezirk mit, in erster Linie als Pressereferent. Von 1993 an habe ich aktiv die Bürgerinitiative unter Hochspannung gegen die 110-KV-Leitung Stechendorf-Bayreuth unterstützt und dabei viele Sympathien in den eher konservativ geprägten Außenorten von Eckersdorf gewonnen. Zwei Bewerbungen um das Amt des Bürgermeisters blieben dennoch leider ohne Erfolg, kein Wunder bei einem Amtsinhaber, der auch zwischen den Wahlen ständig Wahlkampf betreiben kann.

In meinem Ortsverein und noch mehr im Kreisvorstand schätze ich vor allem das vertrauensvolle Klima und die gute Zusammenarbeit mit dem Kreisvorsitzenden Hans Dötsch, seinen Stellvertretern Christa Müller-Wilfing und Karl Lothes sowie unseren Abgeordneten Anette Kramme und Christoph Rabenstein. Von unserer Bundespartei würde ich mir wünschen, dass sie sozialdemokratische Werte wieder stärker betont.

## Veranstaltungen im Blickpunkt

### Jahresauftaktversammlung des SPD-Kreisverbandes in Schnabelwaid

Nordbayerischer Kurier vom 15.01.07, S. 20

#### Neuer Schwung fürs neue Jahr

#### Jahresauftaktversammlung des SPD Kreisverbandes in Schnabelwaid

„Informieren, aufklären, motivieren und das mit neuem Schwung und Kraft“ lauteten die Ziele der Landkreis-SPD so Kreisvorsitzender Hans Dötsch bei der Jahresauftaktversammlung des SPD-Kreisverbandes in Schnabelwaid. Dötsch gab im FSV Sportheim einen umfassenden Bericht über die derzeitige wirtschaftliche Situation des Landes, speziell der Kommunen. Auch wenn es den Kommunen nun besser gehe, so sei das vor allem im Vergleich mit den extrem schlechten Jahren zu sehen, so Dötsch.

Eigentlich solle ein kommunaler Haushalt so aussehen, dass die Tilgung alter Schulden möglich sei und die verbleibende freie Finanzspanne ausreiche, um Investitionen zu tätigen. Doch wie „grau“ diese Theorie ist, zeigte Dötsch unter anderem am Beispiel der Realschulen. Der Landkreis müsse jetzt Hunderttausende von Euro ausgeben, um die Realschulen zu erweitern, so der Kreisvorsitzende. Gleichzeitig erlebe man Schulsterben in den Kommunen. „Alle unsere Befürchtungen bezüglich R 6 sind eingetroffen und die Erweiterung der Realschulen zahlen die Gemeinden mit ihrer Kreisumlage“, so Dötsch. Auch wenn die kommunale Selbstverwaltung einen hohen Stellenwert besitze, so werde sie zur Farce, wenn im Extremfall Kommunen gezwungen seien, ihr „Tafelsilber“ zu verkaufen.

Auch Werner Kaniewski, Fraktionsvorsitzender im Kreistag, der einen ausführlichen Bericht über die Arbeit im Kreistag gab, widmete sich diesem Thema. Der Staat müsse sich an den Kosten der Realschulerweiterung beteiligen, so Kaniewski. Die Baukosten belaufen sich auf geschätzte 910 000 Euro, zuwendungsfähig davon 788 000 Euro. Man erwarte dazu einen vernünftigen Zuschuss, „nicht nur die im Raum stehenden 36 Prozent, die allenfalls Mitleid erwecken“, so der Fraktionsvorsitzende und Bürgermeister von Glashütten.

Vor allem die vorzeitige Baugenehmigung sei nötig. Rüdiger Goller erläuterte diese Finanzierungsproblematik an einem anderen Beispiel: Der Sanierung der Eisenbahnbrücke in Schnabelwaid. Bei einer der Versammlung vorangegangenen Ortsbesichtigung hatte er den Gästen der Veranstaltung die Problematik erläutert. Die Brücke müsse nach Vorgaben der Bahn erneuert und in diesem Zuge die Straße angeglichen werden, so Goller. Die Kosten werden sich auf rund 260 000

Euro belaufen, rund 60 000 davon für die Brücke. Allerdings sei nur die Brücke zum Teil förderfähig, der notwendige Straßenbau müsse von der Kommune getragen werden. Die hohen Kosten für die Straße kämen auch durch die Abmessungen der Brücke zustande, da landwirtschaftliche Fahrzeuge zu ihren Feldern und Höfen durchführen, so Goller.

Landtagsabgeordneter Dr. Christoph Rabenstein nannte diesen Umstand „ein Unding“, da die Kommunen so mit Projekten belastet werden würden, für die sie nichts könnten. Rabensteins Vorschlag über eine Sammelklage im Zusammenschluss mit anderen Gemeinden nachzudenken, traf auf breite Zustimmung.

Auch Stefan Unglaub, Bürgermeister von Bischofsgrün, wusste von derartigen finanziellen Belastungen in seiner Region zu berichten, bei denen die Verantwortlichkeit strittig ist. Goller kam in der anschließenden Versammlung außerdem auf das Thema Erhalt und Sanierung der Grundschule Schnabelwaid zu sprechen.

Auch SDK-Kreisvorsitzender Karl Lothes unterstützte die Pläne von Goller. Er den Vorschlag, Kinder aus Orten wie Langenreuth, Zips und eventuell Stemmenreuth und Troschenreuth, die eigentlich zu Pegnitz gehören, nach Schnabelwaid in die Schule aufzunehmen, unterstützen.

### Terminhinweis

Einladung an alle Ortsvereinsvorsitzenden, Vorsitzenden und Geschäftsführer der Unterbezirke und Kreisverbände, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften auf Unterbezirksebene und Kreisebene zur Regionalkonferenz Süd

Wann? Donnerstag, 15. März ab 11 Uhr

Wo? CCN/Messezentrum Nürnberg

## Veranstaltung: Rechtsextremismus – eine Herausforderung für die Demokratie

### Rechts wird populär

#### 51 Veranstaltungen rechtsextremer Gruppen im Jahr 2006

Der zwar im verborgenen aber dennoch stetig steigende Rechtsextremismus in der Region war für die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme Anlass, Bürgerinnen und Bürger in einer Veranstaltung über die Strukturen der Rechtsextremen zu informieren und über Ursachen und Präventivmaßnahmen zu diskutieren.

Als Experten hatte sie die Vorsitzende der SPD Arbeitsgruppe Rechtsextremismus im Bundestag, MdB Gabriele Fograscher, sowie den Bezirksvorsitzenden der oberfränkischen Jusos und Kenner der rechtsextremen hochfränkischen Szene, Oliver Jauernig, eingeladen.

Oliver Jauernig referierte über die rechtsextreme Szene und deren Strukturen im so genannten Hochfranken. Gefestigte Strukturen seien in nachweisbarer Zusammenarbeit mit der NPD im Wunsiedler und Hofer Raum entstanden.

Dort gebe es mit der „Freien Kameradschaft Wunsiedel“ und der „Kameradschaft Hof“ gut organisierte Verbindungen, die sich mit einzelnen Rechtsextremen der Region zum „Kameradschaftsbund Hochfranken“ zusammengeschlossen hätten. Innerhalb der Organisation existiere

sogar ein so genannter „Mädelbund“, der sich nun speziell an junge Mädchen und Frauen wende, um diese von der faschistischen Gesinnung zu überzeugen, so Jauernig.

In Bayreuth gebe es zwar noch keine bekannten rechtsextremen Zusammenschlüsse, die NPD habe aber in der Vergangenheit deutlich gemacht, ihre Präsenz in der Wagnerstadt auszubauen, was mit rechtsextremen Kongressen im Jahr 2006, wie etwa einer Tagung der „Gesellschaft für Freie Publizistik“, einem Zusammenschluss angeblich intellektueller Rechter, und einem Kongress des Verlags „Deutsche Stimme den Anfang nahm. In ganz Oberfranken fanden im Jahr 2006 über 50 Veranstaltungen rechtsextremer Organisationen statt, erläuterte Jauernig.

Der Nebenraum des Schützenhauses in Bayreuth war angesichts des brisanten Themas bis auf den letzten Platz besetzt und so entstand eine rege Diskussion zwischen Bürgern und der Expertin Gabriele Fograscher. Die Hauptfrage, die sich für die Bürger stellte war, wie sich überhaupt rechtsextreme Gruppierungen über so große Zulaufe an Jugendlichen freuen könnten. Die Antwort Fograschers war zugleich erschreckend wie auch einleuchtend. In

vielen ländlichen Gegenden wurden die Freizeitangebote für Jugendliche nahezu auf null herunter gefahren und die NPD ist oft die einzige Institution, die dort etwas anbiete.

Das ginge sogar so weit, dass Kinderzellerlager organisiert würden, wo Kinder sich an germanischen Geländespielen erfreuen, während die Eltern über das Weltbild und die Art einer „echten deutschen Familie“ diskutierten. Auch über von der NPD veranstaltete Kindergartenfeste gebe es Erkenntnisse.

Vor allem auf die Überzeugung von Familien liege ein großes Augenmerk, ergänzte Anette Kramme. So liefen die rechtsextremen Organisationen nicht Gefahr, Mitglieder zu verlieren, weil Ehefrauen und Freundinnen von Rechtsextremen nicht mit der Gesinnung einverstanden sind.

„Die Gründung des Mädelbundes etwa zeigt uns, dass hier eine neue Qualität an rechtsextremem Zusammenlebens angestrebt wird. Wir müssen die Augen offen halten und alles versuchen, gerade jungen Menschen die Gefahren des Rechtsextremismus deutlich zu machen und ihnen Alternativen zu gefährlichen Ideologien zu bieten“, schloss die Bundestagsabgeordnete.

### Terminhinweis

Der SPD-Ortsverein Waischenfeld-Aufseß lädt ein zur

5. Brauereiwanderung am Sonntag, den 20. Mai ins Zentrum der Fränkischen Schweiz.

Wanderführer Lorenz Polster startet die Tour an der Touristinformation am Marktplatz in Waischenfeld. Die Wanderung verläuft über Nankendorf (Brauerei Schroll) nach Breitenlesau (Brauerei Krug). Von dort aus geht es nach Hochstahl (Brauerei Reichold) und zur Kathi-Bräu nach Heckenhof.

Die Wanderung beginnt um 09.00 Uhr, die Rückkehr nach Waischenfeld wird organisiert. Interessenten mögen sich bitte telefonisch unter: 09202/910868 bei Udo Lunz anmelden.

**Mindestlohn – „Wir brauchen eine untere Auffanglinie“**

PRESSEMITTEILUNG

**Lohndumping auf dem Vormarsch****Brauchen wir einen Mindestlohn?**

"Lohndumping auf dem Vormarsch - brauchen wir einen Mindestlohn?" - unter diesem Titel fand am vergangenen Mittwoch auf Einladung der drei oberfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (Bayreuth), Petra Ernstberger (Hof/Wunsiedel) und Dr. Carl-Christian Dressel (Coburg/Kronach) eine Diskussionsveranstaltung im Auditorium des Industriemuseums in Selb statt.

Petra Ernstberger sprach in ihrer Eröffnung den meisten der - trotz des hereingebrochenen Winters - zahlreichen Zuhörern aus dem Herzen, als sie sagte: „2,19 Euro pro Stunde für Reinigungskräfte im Hotelgewerbe, 2,75 Euro für einen Gärtner in Sachsen oder ein Friseur in Brandenburg und knapp über 5 E für einen Angestellten in der bayerischen Landwirtschaft oder in der Gastronomie - das sind sittenwidrige Löhne, da kann die Politik nicht tatenlos zuschauen. Angesichts der Verdienstsituation im Niedriglohnsektor ist es unbedingt notwendig, dass eine untere Auffanglinie durch Mindestlöhne geschaffen wird."

Die Arbeitsmarktexpertin Anette Kramme ging in ihrem Hauptreferat auf die Ursachen dieser Entwicklung und mögliche Lösungskonzepte ein: „Ein Hauptgrund für die vielen Niedriglöhne ist die fehlende Tarifbindung in einzelnen Branchen - und die nimmt weiter ab. Sie sank im Zeitraum 1998 bis 2004 im Westen von 76 Prozent auf 68 Prozent der Beschäftigten und im Osten von 63 Prozent auf 53 Prozent", so die Bayreuther Abgeordnete. Es sei davon auszugehen, dass diese Entwicklung weiter geht. Aus diesem Grund sei die Politik gefordert zu verhindern, dass immer mehr Menschen von unterbezahlten Löhnen leben müssen.

In einem ersten Schritt solle das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf weitere Branchen ausgeweitet werden. Dieses Gesetz ermögliche es, in Deutschland tätige in- und ausländische Firmen einer Branche zu Mindestlöhnen zu verpflichten, so Kramme weiter. In einem zweiten Schritt sollen dann nicht durch das Entsendegesetz erfasste Bereiche einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn unterstellt werden. „Mit der Union wird es allerdings schwierig sein, einen für ganz Deutschland geltenden, branchenübergreifenden Mindestlohn festzusetzen", so die SPD-Politikerin aus Bayreuth.

In der anschließenden von Dr. Carl-Christian Dressel geleiteten Diskussion wurde deutlich, dass ein Mindestlohn von den meisten Anwesenden befürwortet wird. „Wenn man 40 Stunden die Woche arbeitet, muss man auch davon leben können", so eine Diskussionsteilnehmer. Dieser Ansicht schloss sich auch Petra Ernstberger in ihrem Schlusswort an. "Seien sie versichert, dass wir in Berlin mit aller Kraft dafür kämpfen werden, dass eine untere Auffanglinie kommen wird", so die Abgeordnete abschließend.

**MdB Anette Kramme & MdL Dr. Christoph Rabenstein: „Bewerben - aber richtig“**

Nordbayerischer Kurier vom 21.12.2006, S. 10

**Ratschläge von den Chefs****Abgeordnete starteten Aktion „Bewerben – aber richtig“**

Rund 150 junge Menschen strömten ins Bayreuther Gemeindehaus Altstadt. Ihr Ziel: Die Aktion „Bewerben - aber richtig" zu, der die beiden Abgeordneten ten Anette Kramme und Dr. Christoph Rabenstein eingeladen hatten. Die beiden Bayreuther Abgeordneten wollen Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unter die Arme greifen.

„Im Vergleich zu den anderen Regierungsbezirken hat Oberfranken die wenigsten Lehrstellen im Angebot. Wir müssen alles unternehmen, damit die jungen Leute Chancen bekommen, hier in Oberfranken eine Ausbildung zu machen und anschließend auch hier bleiben zu können", erklärte Christoph Rabenstein

Auf der einen Seite, so MdB Anette Kramme, sei natürlich die Wirtschaft gefragt. Sie wolle jedoch auch die Politik nicht aus der Verantwortung entlassen. „Und auch die jungen Leute selbst müssen ihren Teil tun", forderte sie. Verteilt über die Räume des Gemeindezentrums konnten sich die jungen Menschen umfassend informieren. Während des ganzen Aktionstages liefen Kurzvorträge zu

bewerbungsrelevanten Themen. An Informationsständen bestand die Möglichkeit, sich beraten zu lassen und Informationsmaterial zu erhalten.

Einen überragenden Ansturm erlebten die individuellen Trainings- und Beratungsgespräche. „Eine große Zahl von Arbeitgebern sowie Personalverantwortlichen aus der Region konnten wir für diese persönlichen Gespräche unter vier Augen gewinnen", freuten sich Kramme und Dr. Rabenstein. Jugendliche aus Stadt und Landkreis Bayreuth nutzten die Gelegenheit, ihre Bewerbungsunterlagen durchsehen zu lassen und ein Bewerbungsgespräch zu simulieren. Dazu gab es anschließend ein Feedback und soweit nötig auch konstruktive Ratschläge zur Verbesserung.

„Ein ganz dickes Lob gebührt den jungen Menschen, die an einem freien Tag hierher gekommen sind, um ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Engagement und Eigeninitiative heißen die Zauberwörter für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben", so die beiden Abgeordneten.

## Abgeordnete vor Ort

### Anette Kramme, Petra Ernstberger und Carl-Christian Dressel auf Wahlkreis-Tour

Selber Tagblatt vom 26.01.2007

#### Oberfränkische SPD-Bundestagsabgeordnete im AWO-Heim Diskrepanz zwischen dem, was wünschenswert wäre, und der Realität

Die drei oberfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten, Petra Ernstberger (Hof/Wunsiedel), Anette Kramme (Bayreuth) und Dr. Carl-Christian Dressel (Coburg/Kronach) informierten sich im Rahmen eines Besuchs in Selb auch über die Situation im Senioren- und Pflegeheim der Arbeiterwohlfahrt.

Heimleiterin Rotraut Stein-Sommerfeld führte die Gäste gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden der AWO, Klaus Fichter, durch die Abteilungen des Hauses und wies auf das große Angebot für die Heimbewohner hin.

Im Anschluss traf man sich im Therapieraum zum Gespräch, wobei Klaus Fichter deutlich machte, dass man derzeit im Haus und in der Arbeiterwohlfahrt für eine Stehhilfe mit elektrischem Anzug sammle, um den Ergotherapeuten die schwere körperliche Arbeit zu ersparen, wenn sie die Patienten aus den Rollstühlen

heben müssen. Da die Krankenkassen erwarten, dass die Pflegeheime ein solches Gerät vorhalten, sei man praktisch zur Anschaffung des rund 3000 Euro teuren Gerätes gezwungen, das für Patienten mit muskulären Defiziten und Schädigungen sehr wichtig ist.

Die Heimleiterin und die Sozialpädagogin des Hauses, Elke Scherdel, erläuterten, dass die Tendenz zu den höheren Pflegestufen gehe. Angehörige würden oft lange warten und die Betroffenen relativ spät in Pflege geben. Das Eintrittsalter im Selber AWO-Heim liege bei etwa 79 Jahren, wobei es sich weniger um körperlich Gebrechliche, sondern bei rund 80 Prozent um Demenzkranke auch jüngeren Alters handle.

„Wir haben hier nur zwei oder drei rüstige Senioren im Haus“, so Frau Stein-Sommerfeld, zwei Drittel der Bewohner gehörten in die hohen Pflegestufen zwei und drei. Auch sei

zu beobachten, dass die meisten Neuanmeldungen Sozialhilfeempfänger seien.

Es wurde auch darauf hingewiesen, dass ein Satz von etwas über drei Euro für Lebensmittel pro Bewohner und Tag nicht ausreichend sei. „Klar, dass da Verluste gemacht werden, die wir wo anders wieder reinholen müssen“, so die Heimleiterin, die auch den ständigen Kampf um mehr Personal andeutete.

Abschließend wurde deutlich, dass eine Diskrepanz zwischen der Realität und dem, was sich auch die Politiker wünschen würden, besteht. Man müsse sich daher deutlich fragen, wie viel die Menschenwürde heute allgemein noch wert sei. Aus diesem Grund gehe der Trend hin zu kleineren Einrichtungen, doch sei dies wohl noch ein langer und beschwerlicher Weg.

Rehauer Tagblatt vom 26.01.2007

#### Besuch der SPD bei Hydrotech Unternehmen will weiter expandieren

Nach dem Ortstermin an der Büstra-Anlage, bei dem Hagen Rothemund um Unterstützung bezüglich der Verkürzung der Schrankzeiten warb (wir berichteten), besuchten die drei oberfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Ernstberger, Anette Kramme und Dr. Carl-Christian Dressler, die Firma Hydrotec und die Bezirksklinik Rehau.

Die Hydrotec-Geschäftsführer Wolfgang Schulze und Karlheinz Reißer sowie der Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung, Dr. Andreas Burger, stellten das Firmenprofil vor. Demnach sei das Unternehmen Produzent von Wasserbehandlungsanlagen für den Privat- und den Industriebereich. Die Einsatzbeispiele reichten von der Autoindustrie bis zur Lebensmittelindustrie. In der regen Diskussion, in der die Leistungsfähigkeit und das Analysespektrum des Labors, Abstimmungsprobleme zwischen Europäischen und Deutschen Patentamt erörtert wurde, wurde auch die Verlagerung der Hydrotec GmbH nach Selb diskutiert.

Schulze bekräftigte die Treue der Firma zum Standort Rehau. Aber er betonte auch, dass sich die Stadt Rehau nicht intensiv um ein Bleiben am Standort Rehau bemüht habe. Erfreut vernahmen die Gäste, dass Hydrotec weiter expandieren und Fachkräfte einstellen werde. Beim Besuch der Bezirksklinik erklärte Verwaltungsleiter und Assistent des Vorstandes, Sascha Mainhardt, den Abgeordneten, die von SPD-Ortsvereinsvorsitzendem Uli Scharfenberg, Kreisrat Hartmut Schrenk und Bürgermeisterkandidaten Hagen Rothemund begleitet wurden, die Philosophie der „wohnortnahen Klinik“. Mainhardt ging auf die Geschichte der Klinik, die 1988 ihre Pforten in Rehau öffnete ein und erläuterte die aktuellen Baumaßnahmen.

(Fortsetzung auf Seite 12)

(Fortsetzung von Seite 11)

Pflegedienstleiterin Steffi Vogler zeigte Beispiele für eine intensive „Rundumbetreuung“ der Patienten auf und Chefarzt Dr. Lothar Franz stellte verschiedene Therapiemaßnahmen wie beispielsweise Kunst-, Musik- und Pferdetherapie vor. Zudem erklärte Franz sehr ausführlich die Konzeption der geplanten Tagesklinik. Eine mögliche Ansiedlung einer Station für Kinder- und Jugendpsychiatrie sei nach einem langen Entscheidungsprozess in Rehau nicht mehr aktuell. Ein Neubau auf dem Gelände des Sana-Klinikums in Hof sei nunmehr geplant, erklärte die Klinikleitung auf Nachfrage. Eine rege geführte Diskussion über Synergieeffekte mit anderen Kliniken, beispielsweise durch den gemeinsamen Einkauf von Medikamenten, über Möglichkeiten eines anzustrebenden Regionalbudgets und die Möglichkeit einer Nutzung der städtischen Einrichtungen wie Bäder und Museen rundeten einen intensiven Gedankenaustausch ab.

Selber Tagblatt vom 29.01.2007

## Diskussionsabend der SPD im Industriemuseum

### SPD-Abgeordnete fordern untere Auffanglinie

„Lohndumping auf dem Vormarsch – brauchen wir einen Mindestlohn?“ – unter diesem Motto fand auf Einladung der drei oberfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (Bayreuth), Petra Ernstberger (Hof/Wunsiedel) und Dr. Carl-Christian Dressel (Coburg/Kronach) eine Diskussionsveranstaltung im Auditorium des Industriemuseums in Selb-Plößberg statt.

Petra Ernstberger sprach in ihrer Eröffnung den meisten der – trotz des hereingebrochenen Winters – zahlreichen Zuhörern aus dem Herzen, als sie sagte: „2,19 Euro pro Stunde für Reinigungskräfte im Hotelgewerbe, 2,75 Euro für einen Gärtner in Sachsen oder einen Friseur in Brandenburg und knapp über fünf Euro für einen Angestellten in der bayerischen Landwirtschaft oder in der Gastronomie – das sind sittenwidrige Löhne, da kann die Politik nicht tatenlos zuschauen. Angesichts der Verdienstsituation im Niedrig-

lohnsektor ist es unbedingt notwendig, dass eine untere Auffanglinie durch Mindestlöhne geschaffen wird.“

Die Arbeitsmarktexpertin Anette Kramme ging in ihrem Hauptreferat auf die Ursachen dieser Entwicklung und mögliche Lösungskonzepte ein: „Ein Hauptgrund für die vielen Niedriglöhne ist die fehlende Tarifbindung in einzelnen Branchen – und die nimmt weiter ab. Sie sank im Zeitraum 1998 bis 2004 im Westen von 76 Prozent auf 68 Prozent der Beschäftigten und im Osten von 63 Prozent auf 53 Prozent“, so die Bayreuther Abgeordnete.

Es sei davon auszugehen, dass diese Entwicklung weiter gehe. Aus diesem Grund sei die Politik gefordert zu verhindern, dass immer mehr Menschen von unterbezahlten Löhnen leben müssten.

In einem ersten Schritt solle das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf

weitere Branchen ausgeweitet werden. Dieses Gesetz ermögliche es, in Deutschland tätige in- und ausländische Firmen einer Branche zu Mindestlöhnen zu verpflichten, so Kramme weiter.

In einem zweiten Schritt sollten dann nicht durch das Entsendegesetz erfasste Bereiche einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn unterstellt werden.

„Mit der Union wird es allerdings schwierig sein, einen für ganz Deutschland geltenden, branchenübergreifenden Mindestlohn festzusetzen“, urteilte die SPD-Abgeordnete aus Bayreuth.

In der anschließenden von Dr. Carl-Christian Dressel geleiteten Diskussion wurde deutlich, dass ein Mindestlohn von den meisten Anwesenden befürwortet wird. „Wenn man 40 Stunden die Woche arbeitet, muss man auch davon leben können“, so ein Diskussionssteilnehmer.

## Terminhinweis

### Mitgliederversammlung des Ortsvereins Creußen mit Ehrungen und Nominierungsveranstaltung

Wann?

Samstag, 03.03.2007 ab 19.30 Uhr

Wo?

Gasthaus Vogelhöhe

## Nachbetrachtung der Wahl in Schnabelwaid

Nordbayerischer Kurier vom 03./04.02.2007 S.25

### Zum Ehrenamt verpflichtet

#### Entscheidung mit Vorbehalten: Rüdiger Goller wird stellvertretender Bürgermeister

Hin und her gerissen zwischen gesetzlicher Pflicht und dem eigenen Wunsch, die Wahl des Zweiten Bürgermeisters zu verschieben, hat Rüdiger Goller (SPD) bei der Sitzung des Gemeinderats von Schnabelwaid seine Wahl zum Stellvertreter von Hans-Walter Hofmann (CSU) angenommen. Keine leichte, aber letztlich seine persönliche Entscheidung, wie er sagt. „Mein Wunsch wäre ein anderer gewesen.

Ich verstehe nicht, warum man das durchgedrückt hat“, sagte Goller gestern dem KURIER. Einer Tag nach der zum Teil hitzig geführten Diskussion im Schnabelwaid Gemeinderat versteht der SPD-Kandidat nicht, warum seinem Antrag nicht entsprochen wurde. Wäre es nach ihm gegangen, wäre die Wahl des Zweiten Bürgermeisters verschoben und zu einem späteren Zeitpunkt der gesetzlichen Frist von drei Monaten durchgeführt worden. Zu Beginn der ersten Ratssitzung seit der umstrittenen Bürgermeisterwahl am 21. Januar verlangte Goller nicht nur auf die Vereidigung von Hans-Walter Hofmann zu verzichten, sondern auch dessen Stellvertreter nicht vor dem Abschluss der Ermittlungen von Rechtsaufsicht und Staatsanwalt zu bestimmen.

„Es ist bekannt, dass meine Person für dieses Amt vorgeschlagen werden soll. Ein solcher Schritt steht aber total im Widerspruch zu den noch abzuwartenden Verfahrensergebnissen“, erklärte er. Doch nur sechs der zwölf Gemeinderäte stimmten für seinen Antrag. Entsprechend der Tagesordnung fand die Wahl statt. Dass Goller aus der Reihe seiner eigenen Fraktion vorgeschlagen wurde, sei abgesprochen gewesen. Ein anderer SPD-Kandidat hatte sich offenbar nicht freiwillig zur Verfügung gestellt. Goller zu nominieren wollte man jedoch den politischen Gegnern in Anbetracht der angespannten Situation nicht überlassen.

Mit sieben Stimmen wählte der Rat Goller zum Stellvertreter Hofmanns. Goller nahm das Amt an, so wie es Artikel 19 der bayerischen Gemeindeordnung von ihm verlangt. In einer vorbereiteten Stellungnahme sagte er: „Unter dem Vorbehalt der bevorstehenden Wahlanfechtungsentscheidung stelle ich mich dem Mandat.“ Goller sprach von demokratischer Pflicht und zitierte das Gesetz, nach dem Gemeindebürger zur Übernahme gemeindlicher Ehrenämter verpflichtet sind. Es nicht zu tun, wäre schlechter gewesen, so Goller, und wäre von den Bürgern nicht verstanden worden.

Nordbayerischer Kurier vom 23.01.2007

### Der Verdacht der Manipulation

#### Verwaltungsmitarbeiter handelten eigenmächtig und verstießen gegen Wahlrecht

Das lange Warten und die knappe Entscheidung der Bürgermeisterwahl am Sonntag war spannend. Doch die Ereignisse gestern in Schnabelwaid und der Verwaltungsgemeinschaft Creußen glichen einem Krimi. Am Ende einer Reihe bemerkenswerter Umstände hieß es am Morgen, Hans-Walter Hofmann (CSU) habe die Wahl gewonnen.

Noch am Sonntagabend hatte sich Rüdiger Goller (SPD) als neuer Bürgermeister feiern lassen. Das vorläufige Ergebnis in den beiden Wahlbezirken und dem der Briefwahl bescheinigte ihm einen knappen Vorsprung mit elf Stimmen.

Während ihm sein Mitbewerber von der CSU, Hans-Walter Hofmann, fair zum Sieg gratulierte, sollen sämtliche Stimmzettel und Wahlunterlagen versiegelt in einem verschlossenen

Büro im Creußener Rathaus deponiert worden sein.

Creußens Bürgermeister Harald Mild (CSU) behauptete zunächst, die Stimmzettel hätten in einem Tresor gelegen, nahm diese Aussage später zurück und räumte Fehler ein. Die Nachricht gestern Morgen stellte den Wahlverlauf auf den Kopf und warf viele Fragen auf.

Auf Wunsch des Schnabelwaid CSU-Gemeinderats Gerhard Lechner waren die versiegelten Umschläge mit den Stimmzetteln geöffnet und ohne den Gemeindevorsteher Günter Steinweg (FW) eine erneute ausgezählt worden. Wie Steinweg dazu sagte, sei es seine Entscheidung gewesen, die Stimmzettel noch vor dem Treffen des Wahlausschusses am Abend erneut zu zählen. Außerdem hätte er, wie vom Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde bestätigt,

beim Öffnen der Siegel anwesend sein müssen.

Tatsächlich aber hat Wahlsachbearbeiter Jürgen Hopfmüller nach eigener Aussage die Entscheidung getroffen, die versiegelten Briefe mit den Stimmzetteln zu öffnen. Steinweg sei telefonisch nicht erreichbar gewesen, so Hopfmüller Begründung.

Zwei Frauen aus der Verwaltung hätten dann die Stimmen ausgezählt, er sei zeitweise anwesend gewesen. Als Grund für sein Handeln nannte er, er habe die Sitzung des Wahlausschusses am Abend vorbereiten wollen. Schließlich sei er davon ausgegangen, dass sich das Wahlergebnis nicht ändere. Bürgermeister Mild sagte, „der Wahlleiter hätte eventuell dabei sein sollen.

(Fortsetzung auf Seite 14)

(Fortsetzung von Seite 13)

So war es korrekt, was getan wurde, anders wäre es korrekter gewesen". Oder, wie Hopfmüller sagte: „Wir haben uns nichts zuschulden kommen lassen.“ Dass der Fehler

jedoch beim Zählen der Stimmen gemacht wurde, konnten sich gestern weder der Wahlleiter noch Hopfmüller noch der sich zu dem Zeitpunkt als Bürgermeister wählende Goller vorstellen. Letzterer sprach sogar von Manipulation, sollte Hof-

mann nachträglich der Sieg zuerkannt werden. Für den Fall kündigte er an, die Wahl anzufechten und Neuwahlen zu fordern.

Nordbayerischer Kurier vom 26.01.2007

## Wahl in Schnabelwaid nun Sache für die Rechtsaufsicht Rüdiger Goller ficht Wahl an – Beschwerde im Landratsamt abgegeben

Seit gestern Mittag liegt dem Landratsamt, der Rechtsaufsichtsbehörde für die Bürgermeisterwahl in Schnabelwaid, die schriftliche Anfechtung des offiziellen Endergebnisses durch SPD-Kandidat Rüdiger Goller vor.

Der Vorsitzende des Bayreuther CSU-Ortsverbands Süd, Dr. Oliver Junk, hat die SPD davor gewarnt, den Betrugsvorwurf aufrecht zu erhalten. Nach den Gesprächen mit seinem Rechtsberater Dr. Dieter Mronz, dem ehemaligen Bayreuther, Oberbürgermeister, hat Goller ein Beschwerdeschreiben verfasst, das er gestern im Landratsamt abgegeben hat. Ihm gehe es darum, dass erforscht werde, „was genau passiert ist“. Es gebe viele offene Fragen zu klären, so Goller zum KURIER. Dem SPD-Mann wurde nach einer Nachzählung und der Korrektur des Ergebnisses in einem Wahlbereich am Montagabend der Sieg aberkannt.

Das Ergebnis der Rechtsprüfung könne unter anderem so aussehen, dass die erste Auszählung am Sonntag bestätigt werde, so Goller. Er halte Neuwahlen „für die sauberste Angelegenheit“. Außerdem kündigte Goller an, aus Reihen der SPD-Kreistagsfraktion werde Strafantrag wegen Siegelbruchs gestellt. Mitarbeiter der Verwaltungsgemeinschaft Creußen hatten auf die Bitte eines CSU-Gemeinderats hin die versiegel-

ten Umschläge mit den Wahlunterlagen am Montag geöffnet. Das wäre jedoch dem Wahlleiter vorbehalten gewesen, der nicht informiert worden sei. Der Bayreuther SPD-Kreisvorsitzende Hans Dötsch teilte mit, „Wahlbetrug kann nicht ausgeschlossen werden“.

Der CSU-Ortsverband Bayreuth-Süd warnte die SPD, den Vorwurf aufrecht zu erhalten. „Die Forderung, nach Neuwahlen geht völlig an der Sache vorbei“, so Vorsitzender Junk. Der Skandal sei nicht die nachträgliche Berichtigung des Wahlergebnisses, sondern dass der Wahlvorstand „ganz offensichtlich schlampig gearbeitet hat“. Nur die erste Auszählung hinterlasse den von der SPD genannten faden Nachgeschmack.

„Gute Demokraten sollten ein Wahlergebnis akzeptieren“, so Junk. Derselben Ansicht ist der Schnabelwaider SPD-Kandidat: „So wahr ich Rüdiger Goller heiße: Hätte ich am Sonntag mit elf Stimmen verloren, wäre ich als Ehrenmann aus dem Saal gegangen.“ Für diesen Fall hätte er die Wahl nicht in Frage gestellt.

Mit seinem Kontrahenten Hans-Walter Hofmann (CSU) wollte Goller gestern das Gespräch suchen. Es sei nicht zutreffend, dass er ihn nicht mehr grüße, wie von Hofmann im KURIER behauptet habe.

### Terminhinweis

Einladung zum Unterbezirksparteitag  
für alle Delegierten des Unterbezirks Bayreuth

Wann?

Samstag, 03.03.2007, ab 10 Uhr

Wo?

Sportheim Mistelbach

**Protest: Lachen, Husten, Klatschen****Schnabelwaid's Bürger reagieren prompt beim brisanten Verteidigungsabend**

Von einer „außergewöhnlichen Kulisse“ sprach der neue Bürgermeister Hans-Walter Hofmann bei der Marktratssitzung, die seiner Verteidigung galt.

Denn das Fernsehen war da. Aber nicht nur der BR war schuld, dass sich bei den Reden etliche Freud'sche Versprecher einschlichen. Es hatte auch das hohe Medieninteresse der Vorwoche an den Nerven gezerrt. Die Zuhörer steigerten die spürbare Spannung noch durch Klatschen, Kommentare und Husten. Hofmann eröffnete die Versammlung zunächst mit dem Hinweis, dass die Bürgermeister-Wahl im Jahr 2006 stattgefunden habe.

Aber er korrigierte sich gleich mit „2007“: „Wenn das der einzige Fehler heute ist, ist es gut.“ Sein Kontrahent Rüdiger Goller hatte umgekehrt einen Freud'schen Versprecher drin, als er seinen (sichtlich von einem SPD-Anwalt verfassten) Antrag vorlas, mit der Verteidigung zu warten, bis die Wahlprüfung gelaufen ist.

Er ließ in einem bestimmten Satz ein kleines Zwischenwörtchen aus und machte Hofmann damit ungewollt zum Ersten Bürgermeister - anstatt ihn, was der Sinn gewesen wäre, zu bitten, die Verteidigung dazu – heraus zu schieben.

Hans-Walter Hofmann ließ anschließend die Kameras und Mikrofone ausschalten, weil der BR nur ein Drehrecht hat, wenn die Räte und

der Bürgermeister zustimmen. Diese Abstimmung lief aber pro BR ab: „Wir haben doch nix zu verbergen“, warfen einige Markträte barsch dem kommenden Bürgermeister hin. Nun versuchte Hofmann, mit einem Adenauer-Wort die Wellen zu glätten:

„Man darf niemals ‚zu spät‘ sagen, auch nicht in der Politik. Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang.“ Aber wie sehr die Wellen noch wogen, spürte er, als er mit viel Paragrafen-Zitat den Goller-Antrag ablehnte und fest sagte: „Ich bin der Bürgermeister. So hat es der Wähler gewollt“. Das Publikum reagierte mit Lachen und Husten. Hofmann war konsterniert. „Ich bitte die Zuhörer, sich zurückzuhalten!“ Dieses Echo der 24 Zuschauer spürten noch manche Redner. So bekam Dritter Bürgermeister Richard Opitz Beifall, als er mahnte, das gute Klima im Rat wieder herzustellen, das bisher geherrscht hatte. „Ich versteh' den Streit nicht. Wir haben doch schon 2008 die nächste Wahl!“

Auch als Günter Steinweg schilderte, wie er vor dieser Sitzung „eine halbe Nacht nicht geschlafen“ hatte, um Wege zu finden, „Ruhe rein zu bringen und nicht die Show zu unterstützen, die hier abgezogen wird“, gab es mit seinem Schlusssatz Beifall.. Er sagte zu Hofmann: „Ich wünsche Dir eine gute und glückliche Hand zum Wohl aller Schnabelwaid.“

Aber freudige Kommentare erklangen umgekehrt aus dem anderen

Lager, als Gerhard Ziegler das Wahl-Debakel zu geißeln schien: „Es ist mit Sicherheit ein Fehler passiert...“ Aber sie erstarben, als er fortfuhr: „... der korrigiert wurde.“ Zu dem Zeitpunkt hatte Rüdiger Goller seine ernste Miene abgelegt und konnte wieder mit dem Nebenmann scherzen. Doch das Lachen verging ihm, als Ziegler unter Protest-Gelächter sagte, Goller sei charakterlich „noch nicht so weit“, um als Zweiter Bürgermeister anzutreten.

Dafür hätte er bei der bitteren Wahlwende „als Demokrat sagen müssen: Ich seh's ein.“ Goller verteidigte sich unter Beifall als „Ehrenmann“. Aber damit provozierte er Hans-Walter Hofmann. Der glaubte herauszuhören, dass er selbst im Gegenzug kein Ehrenmann ist. „Wer ging da nicht als Ehrenmann raus?“, fragte er mit Nachdruck. Goller beruhigte: „Du hast mir gratuliert. Andere haben es anders gemacht.“

Aber Hofmann ging noch weiter: Ob es Goller war, der ihn dann einer Straftat beschuldigte? Goller: „Ich hab keinen beschuldigt.“ Sein Fraktionskollege Dieter Kneissl sprang bei: „Ich denke, dass sich die SPD demokratisch verhält. Der Kleinkrieg war nicht geplant. Aber er geht weiter.“ Entsprechend hängte Goller einen von Beifall quittierten Satz an sein „Ja“ zum Amt des Zweiten Bürgermeisters: „Ja` unter dem Vorbehalt, was herauskommt bei der Wahlprüfung.“

**Terminhinweis**

Kulturveranstaltung des Ortsvereins Mistelbach  
Mistcapala, das Satirische Musikkabaret aus Landsberg  
mit Kontrabass und Dudelsack

Wann?

Samstag, den 17.03.2007  
ab 20.00 Uhr

Wo?

Sportheim Mistelbach

Nordbayerische Nachrichten vom 06.02.2007 S.2

## „CSU-Ortsverband soll sich distanzieren“

### Schnabelwaid: Stellvertretender Wahlleiter Dieter Kneissl nimmt zu Aussagen Stellung

Der Marktgemeinderat und stellvertretende Wahlleiter Dieter Kneissl meldet sich zu einer Nachbetrachtung der Bürgermeisterwahl in Schnabelwaid zu Wort. „Auf Grund der letzten Äußerungen und Statements in der Öffentlichkeit seitens der CSU-Gemeinderäte Ziegler und Lechner möchte ich folgendes klarstellen. Herr Ziegler warf vor der Wahl des Zweiten Bürgermeisters Herrn Geller vor, er wäre für das Amt noch nicht soweit, sei ein schlechter Verlierer und störe das bisherige gute Klima im Gemeinderat und könne ihm deshalb nicht seine Stimme geben.

Dies klingt fast schon zynisch, da im ganzen Ort bekannt ist, dass die privaten Unstimmigkeiten zwischen Herrn Ziegler und dem ehemaligen Bürgermeister Friedrich ein gutes Klima gar nicht aufkommen ließen. Ein normales Arbeiten im Gemeinderat war dadurch oft schwierig. Zu seinen weiteren Anschuldigungen gegen die SPD wegen Einleitung der Klagen nach der Wahl ist folgendes festzustellen: Die Wahlhelfer sind sich sicher, keinen Fehler gemacht zu haben, da die Wahlscheine wegen der Differenz von einer Stimme zu den insgesamt abgegebenen Stimmen eben mehrmals einzeln kontrolliert wurden. Ungesetzlich wurde in der Verwaltungsgemeinschaft gehandelt. Am Tag nach den Wahlen wurden früh morgens in der VG auf Grund einer zweifelhaften Anfrage von Herrn Lechner ohne Rücksprache mit dem Wahlleiter die Siegel geöffnet und die Stimmen nachgezählt.

Der VG-Vorsitzende Herr Mild fühlte sich danach berufen, gleich Herrn Goller in die VG zu bestellen und ihm das Ergebnis mitzuteilen, dies ebenfalls ohne dass der Wahlleiter kontaktiert wurde. Kurze Zeit später waren bereits Presse und Radio informiert. Herr Lechner behauptet in seiner Stellungnahme, die Zählergebnisse seien immer sehr unterschiedlich gewesen, wie ihm zu Ohren kam und beruft sich auch noch auf die SPD- Bundestagsabgeordnete Frau Kramme. Besser wäre es gewesen, wenn er am Wahlabend selbst vor Ort gewesen wäre, somit hätte er sich nicht auf Gerüchte berufen müssen. Er und Herr Ziegler täten gut daran, sich an ihren im Wahllokal anwesenden Parteikollegen MdB Herrn Koschyk und MdL Herrn Nadler zu orientieren.

Diese haben nämlich Herrn Goller als faire Verlierer zu seinem Wahlsieg gratuliert und sich seither auch nicht mehr zu den dubiosen Umständen nach der Wahl geäußert. „Ich vermisse immer noch seitens des CSU-Ortsverbandes eine Distanzierung von den Ereignissen nach der Wahl, auch vom jetzigen Bürgermeister, der schon wegen seines Berufes als Rechtsanwalt ein besseres Rechtsverständnis haben sollte. Man sollte diesen Rechtsbruch nicht als ‚nicht ganz korrektes Verhalten‘ abtun, somit sollte auch wieder ein normales Klima im Gemeinderat zum Wohle der Gemeinde möglich sein, welches wir uns sicher alle wünschen.“

## Meinung

Erklärung des SPD-Ortsvereins Bayreuth St.Georgen/Hussengut

### Thema: Bürgermeisterwahl in Schnabelwaid

Im Gegensatz zu den Vorkommnissen am Wahlabend ist die anschließende Überprüfung der genauen Vorgänge und Ereignisse durch die zuständigen Institutionen, nämlich durch die Rechtsaufsicht im Landratsamt und durch die Bayreuther Staatsanwaltschaft ein ganz normaler Vorgang, der auch im Sinne eines jeden aufrichtigen Demokraten sein dürfte. Fakt ist, dass es Unregelmäßigkeiten gegeben hat und dass der Bürger einen Anspruch auf die Wahrheit hat. Man kann angesichts der bohrenden Fragen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Man muss die Untersuchungsergebnisse und die Entscheidung über eine mögliche Bürgermeisterneuwahl in Schnabelwaid bzw. strafrechtliche Konsequenzen abwarten.

Absolut unzuständig, sowohl geographisch als auch institutionell, für die Untersuchung und die Neuwahlentscheidung ist hingegen der CSU-Ortsverein Bayreuth-Süd unter dem Vorsitz von Dr. Oliver Junk, der jedoch hier erneut keine Möglichkeit ungenutzt lässt, sich wichtig zu machen und zu versuchen, der SPD zu sagen, was sie darf und was nicht. Die CSU wäre gut beraten, erst einmal von der Spitze her in München ihre eigenen Probleme in den Griff zu bekommen. Und gute Demokraten sollten nicht einfach wegschauen, wenn Unregelmäßigkeiten und Fehler bei einer Wahl eines Bürgermeisters, die sowieso mehr Persönlichkeitssache als Parteiensache ist, offenbar werden.

## Roter Faden Spezial: Die Gesundheitsreform

### VdK Gesundheitsforum 2007 mit MdB Anette Kramme

Nordbayerischer Kurier vom 29.01.2007 S.11

#### Zusatzbeitrag mit Nebenwirkungen

#### Warum die Krankenversicherungen vielleicht schon bald noch teurer sein könnte

Am Ende der Diskussion des VdK-Gesundheitsforums 2007 am Samstag in Bayreuth fragte der stellvertretende KURIER-Redaktionsleiter und Moderator Andreas Rietschel, was wohl in einer kommenden Gesundheitsreform nach der jetzt anstehenden wichtig sein werde. „Das Gesundheitswesen braucht mehr Geld“ hieß es da – und keiner auf dem Podium widersprach.

Gut möglich, dass die Versicherten auch schon vor einer neuerlichen Reform zur Kasse gebeten werden. Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme jedenfalls hält den Zusatzbeitrag von bis zu einem Prozent des Einkommens, den Versicherte vermeintlich unwirtschaftlicher Kassen bezahlen sollen, für „äußerst problematisch“.

Wer sagt denn, dass nicht genau an dieser Schraube gedreht werde, wenn das Geld im deutschen Gesundheitssystem nicht reicht? Ihrer Partei wäre es lieber gewesen, die Einnahmehasis zu verbreitern und eben jeden Bürger zu beteiligen. Die Bürgerversicherung, so Kramme, sei weiterhin das bessere Modell, aber mit dem Koalitionspartner in Berlin leider nicht zu machen.

Und auch wenn die Union dies nicht einsehen mag: Ein solidarisches System, das Bürgerversicherung und Steuerfinanzierung kombiniere, habe das Potenzial, den Beitragssatz um zwei bis 2,8 Prozent sinken zu lassen.

Derweil geht der Direktor der AOK Bayreuth-Kulmbach, Klaus Knorr, schon sicher davon aus, dass es nicht bei dem einprozentigen Zusatzbeitrag bleiben wird. „Es ist absehbar, dass zu wenig Geld in den Kassen ist.“ Da der Grundbeitrag zur Krankenversicherung mit der aktuellen Reform festgeschrieben werde, würden alle über dieses Budget hinaus gehenden Leistungen per

Zusatzbeitrag finanziert. Knorr: „Das ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Solidarität.“

Auch einer Ausweitung der Steuerfinanzierung, die auf bis zu 14 Milliarden Euro jährlich steigen soll, steht der AOK-Direktor skeptisch gegenüber. „Wenn vieles aus dem Steuertopf bezahlt werden soll, wird in Zukunft nach Kassenlage entschieden.“ Er halte es für besser, möglichst alle in das System einzubeziehen. Für eine Entsolidarisierung gebe es keinen vernünftigen Grund.

So sieht das der gesundheitspolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Max Straubinger, keineswegs. Der Solidarität werde Rechnung getragen – mit dieser Reform und mit den Schritten, die bereits eingeleitet worden seien. So habe die Praxisgebühr die Zahl der Arztbesuche in Deutschland um zehn Prozent gesenkt, die Kopplung von Vorsorge und Zuzahlung in manchen medizinischen Bereichen zeige Wirkung.

Beides habe die Versorgungsqualität in Deutschland nicht verschlechtert. Dass es verantwortbar sei, das System auch mit finanziellen Anreizen zu lenken, zeige sich in den Folgen des Arzneimittelverordnungs wirtschaftlichkeitsgesetzes. Seit dies in Kraft ist, würden viel mehr Nachahmer-Präparate, so genannte Generika, verwendet.

Die Einsparung bei den Patienten liege bei insgesamt 600 Millionen Euro, die der Krankenkassen bei 500 Millionen. Straubinger: „Das ist ein großartiger Erfolg.“ Auch in der aktuellen Reform könne er keine Abkehr von der Solidarität erkennen. Anders als bisher würden Kassen von einer „einheitlichen Mittelzufuhr“ profitieren.

Künftig werde es in ihrem Wettbewerb nicht mehr um Beitragsunterschiede von bis zu 2,5 Prozent ge-

hen. Künftig gehe es darum, den Versicherten einen einprozentigen Zusatzbeitrag abzuverlangen oder ohne einen solchen auszukommen. Straubinger empfahl den Krankenkassen in diesem Zusammenhang, einen Blick auf den eigenen Verwaltungsaufwand zu werfen. Grundsätzlich bringe die Koalition mit der Reform eine Komponente der Nachhaltigkeit in die beiden dringenden Aufgaben, Sanierung des Staatshaushaltes und Neuausrichtung des Gesundheitssystems, ein.

Dass die Kassen bis 2008 entschuldigt seien, komme nachfolgenden Generationen zugute. Die Reform gehe insgesamt an ihrem Ziel, die Kosten in den Griff zu bekommen, vorbei. Er frage sich, warum man Bürgern völlig zu Recht zutraue, Entscheidungen über einen Hauskauf zu treffen, sie als Leistungsbezieher im Gesundheitssystem indes weit gehend bevormunde. „Wer die medizinischen Leistungen anfordert, soll auch mitentscheiden, was mit dem Geld geschieht“, so Schmied.

Der Bürger und Patient hat doch jetzt schon seine liebe Mühe. Die Gesundheitsreform sei kaum zu durchblicken, erklärte die oberfränkische Bundestagsabgeordnete der Grünen, Elisabeth Scharfenberg. Und wer sie verstehe, erkenne sehr schnell, „sie ist zu kurz gesprungen“. Für einen höheren Finanzierungsanteil aus Steuern finde sich weit und breit keine Gegenrechnung – kein Wunder also, dass der Steueranteil entgegen der Ankündigungen zunächst erst einmal sinke. Der Zusatzbeitrag sei extrem zweifelhaft, Versicherte der gesetzlichen Kassen würden aufgrund der Risikostruktur ihrer Versicherer am stärksten davon belastet. Statt zu solch ungeeigneten Finanzierungskrücken zu greifen, gelte es Prävention und die Spareffekte des medizinischen Fortschritts besser zu nutzen.

Bayerische Rundschau vom 30.01.2007

## VdK-Präsident fordert mehr Solidarität

### Walter Hirrlinger wägt Stärken und Schwächen der Gesundheitsreform ab

Nur durch die Stärkung der Solidarität zwischen alten und jungen, gesunden und kranken sowie einkommensstärkeren und weniger verdienenden Menschen kann eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur insbesondere für chronisch kranke, behinderte und ältere Menschen gesichert werden.

Diese Grundüberzeugung vertrat Walter Hirrlinger, der Präsident des VdK Deutschland, bei einer Podiumsdiskussion des Sozialverbands in Bayreuth zum Thema Gesundheitsreform. Hirrlinger betonte, dass es nicht gelungen sei, die mit der Gesundheitsreform einhergehenden Verbesserungen in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion zu stellen. So hätten künftig erstmals alle Menschen Zugang zu medizinischer Versorgung, es gebe eine flächendeckende Palliativversorgung und einen Ausbau der geriatrischen Rehabilitation bis hin zur integrierten Versorgung. Das alles habe der VdK seit langem gefordert.

Es sei auch sinnvoll, kassenarztübergreifende Fusionen zu gestatten und den Kassen den Abschluss von direkten Verträgen mit Leistungserbringern zu ermöglichen, um so die medizinische Versorgung für die Menschen zu verbessern. Im Mittelpunkt der Debatte stehe der Gesundheitsfonds, der als „Geldsammelstelle und neue Behörde“ unnötig sei. Zu begrüßen sei, dass ein Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen unter Berücksichtigung von 80 Krankheiten eingeführt wird. Zweifel hegte Hirrlinger wegen des geplanten einheitlichen Beitragssatzes für alle Versicherten. „Dieser Beitrag wird nicht alle Ausgaben abdecken, die bei den Krankenkassen entstehen. Die Folge ist, dass besonders bei den großen Kassen AOK, Barmer und DAK freiwillige Leistungen gestrichen werden könnten, was jedoch der Gesundheitsvorsorge nicht dienlich wäre.“

Vor allem aber setze dann die Zusatzprämie ein, die die Kassen in einer Höhe von acht bis zwölf Euro, maximal aber einem Prozent des Einkommens, erheben dürfen. Hirrlinger plädierte dafür, Geringverdiener bis 800 Euro monatlich von dieser Zusatzprämie zu befreien. Im Zuge der Reform zu kurz kommt nach Meinung des VdK-Präsidenten die Gesundheitsvorsorge. Gerade das würde dem Auftreten vieler chronischer Krankheiten im Alter entgegenwirken und so dazu beitragen, dass das Gesundheitswesen die „Last einer alternden Gesellschaft“ tragen könne. Außerdem fordere der VdK mit einer Unterschriftenaktion die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von 19 auf sieben Prozent.

SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme befand es als wichtig, dass in die Finanzierung des Gesundheitssystems in steigendem Maße Steuergelder fließen. Der SPD wäre allerdings das Konzept der Bürgerversicherung mit der Heranziehung aller Einkommensarten zur Beitragszahlung lieber gewesen. Ebenso wie Klaus Knorr, der Direktor der AOK Bayreuth-Kulmbach, mutmaßte Kramme, dass der mögliche Zusatzbeitrag von einem Prozent der Einkommen nicht ausreichen werde.

„Die Gesundheitsversorgung wird davon abhängig, ob Geld in den öffentlichen Kassen ist. Das ist der Einstieg in den Ausstieg aus dem solidarischen System“, meinte Knorr. Klare Ablehnung zur Gesundheitsreform signalisierte Elisabeth Scharfenberg, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. Einziger solidarischer Weg wäre die Bürgerversicherung, die Prävention komme zu kurz. Max Straubinger, der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, meinte hingegen, dass der Solidarität mit der Gesundheitsreform Rechnung getragen werde.

So habe die Praxisgebühr die Zahl der Arztbesuche um zehn Prozent gesenkt, die Kopplung von Zuzahlung und Vorsorge in manchen Bereichen zeige Wirkung. Ein „großartiger Erfolg“ sei das Wirtschaftlichkeitsgesetz zur Arzneimittelverordnung, das dazu führe, dass mehr Nachahmer-Präparate Verwendung fänden. „All das hat Geld gespart, aber die Versorgungsqualität in Deutschland nicht verschlechtert“, so Straubinger.

Nordbayerischer Kurier vom 24.01.2007

## Terminhinweis

### Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Gößweinstein

Wann?

Samstag, 10.03.2007, 18.30 Uhr

Wo?

Cafe Greif

## Dreifache Kritik an einer verkorksten Reform

### Was AOK-Direktor Knorr an der Gesundheitsreform stört und warum sie für sein Unternehmen gut ist

Klaus Knorr kann nur mit dem Kopf schütteln. In der Analyse zur Reform sind die Probleme alle erkannt und bestens beschrieben. Doch die Lösungen greifen viel zu kurz.

„Die Gesundheitsreform wird kommen, wie sie beschlossen ist“, sagt der Direktor der AOK Bayreuth-Kulmbach. „Aber das ändert nichts daran, dass sie verkorkst ist.“ Knorr macht seine Kritik an drei wesentlichen Punkten fest:

Die Finanzierung des Gesundheitssystems ist durch die Reform nicht sichergestellt, von Nachhaltigkeit keine Spur. Alle Experten, die die Entwicklung realistisch sähen, rechnen mit weiter steigenden Ausgaben für medizinische Leistungen. Zugleich hätten die verantwortlichen Gesundheitspolitiker mit der Reform aber ein Werk verabschiedet, das sich durch Streichungen auf der Einnahmeseite auszeichnet.

Klarstes Beispiel: Obwohl es politischer Wille ist, den Finanzierungsanteil durch Steuern auszuweiten, sei der Steueranteil tatsächlich erst einmal von 4,2 auf 2,5 Milliarden Euro jährlich gesenkt worden. „Wir gehen deshalb davon aus, dass wir in zwei Jahren eine erneute Reform sehen werden“, sagt Knorr. Das Ziel, mehr Wettbewerb unter den Krankenversicherern zu initiieren, verfehle die große Koalition mit dieser Reform ebenso glatt. Wie soll Wettbewerb entstehen, fragt Knorr, wenn ab 2009

der Einheitsbeitrag für alle Kassen eingeführt wird? Dass den vermeintlich, schlecht wirtschaftenden Kassen, die' in Wahrheit häufig nur die kränkeren Versicherten haben, ein Zusatzbeitrag aufgebremst werden soll, werde sich mittelfristig selbst aushebeln.

„Es wird ein Verschiebebahnhof entstehen, bis sich die schlechten Risiken gleichmäßig verteilt haben werden“, so Knorr.

Diese Zeitspanne gelte es zu überstehen - die AOK Bayreuth/Kulmbach wolle diese ohne Leistungseinschränkungen tun. „Mit den Billigheimern können wir ohnehin nicht mithalten.

Wir wollen die Menschen über Service und Beratung binden.“ Übrigens: Diese Strategie geht nach Knorrs Worten bereits jetzt auf. Im vergangenen Jahr hatte die AOK Bayreuth/Kulmbach 2700 neue Kunden bei 800 Kündigungen zu verzeichnen.

„Das ist das beste Ergebnis, seit wir über unsere Zugänge Statistik führen“, so der Direktor. Zurückzuführen sei die positive Entwicklung auf die Belebung des regionalen Arbeitsmarkts, aber auch auf die Tücken des Gesundheitssystems. Während sich die Beitragssätze der verschiedenen Krankenversicherer langsam wieder angleichen, gewinnen Beratung und Service an Bedeutung. „Schon die Fachleute tun sich

schwer, im deutschen Gesundheitswesen und in der aktuellen Reform den Überblick zu bewahren. Für die Versicherten sind die überfallartigen Änderungen nicht mehr zu durchschauen. „Dies werde sich durch Wahltarife, bei denen Versicherte Leistungen zu- oder abwählen können, weiter zuspitzen.

Grundsätzlich allerdings werde den Krankenversicherern per Reform ein Dachverband vor die Nase gesetzt, der die Vertragsgestaltung regeln soll. Für Knorr ist spätestens dies „der Einstieg in die Staatsmedizin. Es ist zu befürchten, dass dann nach Kassenlage entschieden wird“.

Die Lage der großen Versorgerkassen würde sich dramatisch verschlechtern, sollte der so genannte morbiditätsorientierte Risikostruktur-Ausgleich ausbleibe. Denn die Reform geht unabhängig vom tatsächlichen Behandlungsaufwand von Standardleistungen für Versicherte aus.

Um die Kosten wirksam zu begrenzen, setzt die AOK Bayreuth/Kulmbach auf neue Modelle der Zusammenarbeit. An einem Netzwerk aus niedergelassenen Ärzten, Pflegeeinrichtungen und dem Klinikum Bayreuth arbeitet man derzeit hinter den Kulissen. Das Ziel: Ältere Patienten besser zu betreuen, unnötige Krankenhauseinweisungen zu verhindern und damit auch eine Menge an Kosten zu sparen.

#### Terminhinweis

### Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Eckersdorf/Donndorf

Wann?

Montag, 14.03.2007, 19.30 Uhr

Wo?

Hotel Fantaisie

## Meinungen regionaler Bundestagsabgeordneter zur Gesundheitsreform

Nordbayerische Nachrichten vom 02.02.2007 S. 2

### Ein entschiedenes „Ja, aber“ aus der Region

#### Trotz Bedenken sind fast alle Abgeordneten aus dem Großraum für die Gesundheitsreform

„Druck“ will Stefan Müller das nicht nennen. „Ich bin natürlich von einigen aus der Fraktionsführung angesprochen worden“, bestätigt der CSU-Abgeordnete. Aber als er in Ruhe dargelegt habe, warum er bei der Gesundheitsreform Nein sagt, sei das schließlich akzeptiert worden.

Der Erlanger ist in gewisser Weise ein Exot unter den 14 MdB der großen Koalition im Verbreitungsgebiet unserer Zeitung. Er ist wohl der Einzige von ihnen, der dagegen stimmt. Der 31-Jährige denkt an seine und die nächste Generation und mag daher nicht zustimmen. Die Reform sei wenig zukunftsfest. Er glaubt schlichtweg nicht, dass nach diesem Konzept in 30 Jahren noch jeder Patient die medizinische Spitzenleistung bekommen kann, die er benötigt. Deswegen hätte er sich zum Beispiel gewünscht, dass auch für die gesetzlich Versicherten künftig Altersrückstellungen gebildet werden.

Martin Burkert (42), Sozialdemokrat aus Nürnberg, hat kaum weniger an der Reform auszusetzen als der Kollege. Doch sein langes Ringen führte zum entgegen gesetzten Ergebnis. Er wird dem Gesetz „aus Gründen der Staatsräson“ zustimmen. Bei der Probeabstimmung in der Fraktion hatte er noch Nein gesagt und sich beim Vorsitzenden Peter Struck wohl kaum beliebt gemacht. Doch nun geht es ihm um das große Ganze der Koalition. Dass der Parteiausschuss des Nürnberger SPD-Unterbezirks vor kurzem erst klar gegen die Reform votierte, hält Burkert trotz seines anderen Abstimmungsverhaltens im Parlament für richtig. Denn die Partei sei ja nicht so sehr wie die Fraktion in die Koalition eingebunden und dürfe dem Wähler deswegen jederzeit klarmachen, dass sie viel lieber eine Bürgerversicherung gehabt hätte. Gedanklich irgendwo zwischen Müller und Burkert bewegt sich der Rest der Koalitionäre.

Renate Blank (CSU, Nürnberg) „schmeckt“ die Reform „nicht so gut“, sie freut sich aber, dass die privaten Krankenkassen gerettet wurden. Renate Schmidt, Ex-Ministerin der SPD aus Erlangen, wehrt sich gegen Vorwürfe, von ihrer Fraktion als „Stimmvieh“ missbraucht zu werden. Nach genauer Prüfung halte sie die Reform für „tragfähig“, wenn auch nicht für ein Jahrhundertwerk. Verteidigungs-Staatssekretär Christian Schmidt (CSU, Fürth) sieht in der Reform einen „Baustein auf dem Weg zum Erhalt der sozialen Sicherheit“. Wenn er den Eindruck gehabt hätte, mit dem Gesetz seinen Wählern zu schaden, dann hätte er nicht zugestimmt. Staatsminister. Günter Gloser vom Auswärtigen Amt (SPD, Nürnberg) erwartet von denen, die als Abgeordnete an den Beratungen beteiligt waren, dass sie sich nun nicht davonstehlen. Das sei die unselige Methode Stoiber - erst alles ab zunicken und dann Nein zu sagen.

Marlene Mortler, Vorsitzende des Tourismus-Ausschusses im Bundestag (CSU, Lauf), stimmt „unter großen Bauchschmerzen“ zu. Ausdrücklich freut sie sich darüber, dass Mutter-Kind-Kuren wieder zu Pflichtleistungen der Kasse werden. Anette Kramme (SPD, Bayreuth) begrüßt, dass die Reform den Weg zur Bürgerversicherung offen lässt. Josef Göppel (CSU, Ansbach) legt Wert darauf, sich in den vergangenen vier Monaten für Verbesserungen am Entwurf eingesetzt zu haben, damit - zum Beispiel - eine Zweiklassenmedizin verhindert wird. Sein Kollege Alois Karl (CSU, Neumarkt) vermisst zwar den Mut, den Versicherten mehr Eigenverantwortung zu übertragen, findet aber doch allerhand Positives an der Reform. Unter anderem nennt er die teilweise Abkopplung der Gesundheits- von den Lohnnebenkosten.

Thomas Silberhorn (CSU, Bamberg) merkt an, dass der Bürger ja bei den nächsten Wahlen die Chance habe, „für klare Mehrheiten zu sorgen. Blieben noch zwei Abgeordnete aus der Region, die heute mit Nein stimmen, bei denen das aber nicht sonderlich überrascht, denn sie bewegen sich damit auf der Linie ihrer Partei. „Nach vielen Gesprächen mit Betroffenen vom Rettungssanitäter bis zum Insulinpatienten bin ich aus voller Überzeugung dagegen“, sagt Marina Schuster (FDP, Greding). Ihr Kollege Jörg Rohde hält die Gesetze geradezu für schädlich. Sie verhinderten den Wettbewerb unter den Kassen anstatt ihn zu fördern. Seine Bilanz: „Lieber gar keine Reform als diese.“

## Der Rote Faden gratuliert

### Ortsverein Waischenfeld feiert 35-jähriges Bestehen

Nordbayerischer Kurier vom 09.01.2007 S.36

#### Hohe Ehrungen bei SPD

Während einer Feier zum 35-jährigen Bestehen des SPD Ortsvereins Waischenfeld-Aufseß wurde Franz Schuster nicht nur als Gründungsmitglied, sondern als besonders aktiver Genosse seit der Gründung bis heute geehrt. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme überreichte ihm die äußerst selten verliehene Willy-Brandt-Medaille sowie den Ehrenbrief der Bundes-SPD.

Die Willy-Brandt-Medaille ist die zweithöchste Auszeichnung der SPD. Für 40-jährige SPD-Mitgliedschaft konnte Kramme zusammen mit dem Waischenfelder Ortsvereinsvorsitzenden Dr. Udo Lunz Irmgard Glas ehren. Sie ist die Frau des bereits verstorbenen Gründungsvorsitzenden Heinrich Glas, der zusammen mit weiteren zehn Genossen am 2. Januar 1972 den SPD-Ortsverein Waischenfeld im Gasthaus Rotes Roß aus der Taufe hob. Weiterhin geehrt wurde Gründungsmitglied Andreas Haas, der Kassier der ersten Stunde. Ihnen gratulierten auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag, Bürgermeister Werner Kaniewski, Karl Lothes und Christa Müller-Wilfing sowie der Kulmbacher SPD-Kreisvorsitzende Ingo Lehmann. Lothes regte an, dass die VGN-Linie von Neuhaus nach Pottenstein bis Waischenfeld und Obersees verlängert wird.

Kramme meinte, dass die SPD seit 1972 auch die Waischenfelder Kommunalpolitik mit ihren Stadträten Heinrich Glas, Andreas Fuchs, Hans Schatz, Andreas Haas und heute mit Dr. Udo Lunz maßgeblich mitgestaltet hat. Am längsten, von 1977 bis 2003, war der langjährige Stadtrat Andreas Fuchs Waischenfelder SPD-Ortsvorsitzender. Am 21. Januar 2005 fusionierten dann die beiden SPD-Ortsvereine Waischenfeld und Aufseß.

## MdB Anette Kramme zum Thema ...

### Generation Praktikum

#### Rede von MdB Anette Kramme am 18.01.2007 zum Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Praktika gesetzlich regeln und Perspektiven für die Generation Praktikum schaffen (Drucksachen 16/3349 und 16/3544)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Früher fiel es schwer, den Plural des Wortes Praktikum zu bilden, viele sagten „Praktikums“ oder, noch schrecklicher, „Praktikas“. Heute hört man den Plural nur noch in der richtigen Form. ... Sie – die Praktikanten – spazieren in die Firmen, sie werden von den älteren Kollegen ob ihrer Jugend und ihres Fleißes geliebt, aber diese Liebe ist nicht von Dauer. Sie werden benutzt, aber nicht gebraucht. Leider ist mir dieser schöne Spruch nicht eingefallen. Ich habe ihn aus der „Zeit“ vom 31. März 2005 zitiert. Spätestens seit diesem Artikel wissen wir, dass es eine „Generation Praktikum“ gibt.

Das Studium ist längst keine sichere Eintrittskarte mehr in das Berufsleben. Auch Hochschulabsolventen müssen oft monatelang um einen Arbeitsplatz kämpfen. Um die Dramatik des Themas ein wenig zu veranschaulichen, habe ich im Internet recherchiert und mir laufende Stellenausschreibungen für Praktikanten angeschaut. Ich möchte an dieser Stelle nur ein einziges, dafür aber signifikantes Beispiel nennen: eine PR-Agentur aus Frankfurt am Main.

Voraussetzung für das drei bis sechsmonatige Praktikum ist unter anderem ein abgeschlossenes Hochschulstudium, erste Erfahrungen im Kommunikations-, Marketing- oder Medienbereich, idealerweise in einer PR-Agentur, und natürlich hohe Einsatzbereitschaft.

Das Unternehmen bietet im Gegenzug – so ist es tatsächlich formuliert – nette Kollegen, interessante Kunden und die Option zur Übernahme in ein einjähriges Traineeprogramm. Die Praktikumsangebote sind zynisch. Man könnte glauben, es sei ein Einzelfall. Es handelt sich aber nicht um einen Einzelfall. Es handelt sich vielmehr um die verflixte Realität. Unzählige solcher Beispiele lassen sich finden. Was verstehen wir generell, abstrakt unter einem Praktikum?

(Fortsetzung auf Seite 22)

(Fortsetzung von Seite 21)

In der Regel wird „Praktikum“ definiert als Lernverhältnis, das für einen begrenzten Zeitraum zur beruflichen Orientierung und zum Erwerb erster beruflicher Kenntnisse absolviert wird. Diese primären Zielsetzungen des Praktikums werden immer häufiger verfehlt. Praktikantinnen und Praktikanten werden oft als billige oder kostenlose Arbeitskräfte missbraucht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt derzeit keine bundesweit erhobenen belastbaren Daten über die Zahl der Hochschulabsolventen, die unbezahlte Praktika absolvieren. Aber es ist nicht zu übersehen, dass immer mehr Hochschulabsolventen im Anschluss an das Studium nicht den Berufseinstieg finden, sondern stattdessen ein Praktikum, dann vielleicht noch eines und dann noch ein weiteres absolvieren. In einer repräsentativen Studie der FU Berlin gaben im Jahr 2005 ein Viertel der Absolventen aus dem Jahrgang 2000 an, nach dem Studium Praktika absolviert zu haben.

In fast der Hälfte der Fälle waren die Praktika unbezahlt. Die Stichprobe der DGB-Jugend weist in eine ähnliche Richtung. Von 100 befragten Praktikanten sagte die Hälfte, sie hätten eine reguläre Stelle ersetzt. 40 Prozent von ihnen bekamen trotz Vollzeittätigkeit keinerlei Lohn. Das Problem „Generation Praktikum“ ist interessanterweise kein spezifisch deutsches Thema. In mehreren Ländern der EU hat sich ein regelrechter Praktikantenarbeitsmarkt herausgebildet.

Dessen Merkmale sind ein extrem hohes Qualifikationsniveau, flexibelste Arbeitszeiten, Überstundenbereitschaft, niedrige Sozialstandards und eine geringe bis keine Entlohnung. Es ist wichtig, dass wir das Thema „Generation Praktikum“ heute auf der Tagesordnung haben. Die Anträge der Linken und der Grünen enthalten allerdings keine neuen Aspekte. All die angesprochenen Gesichtspunkte sind bereits in die Überlegungen des BMAS eingeflossen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Der Fragebogen!)

Ein Teil der Praktikanten fällt derzeit unter § 26 des Berufsbildungsgesetzes. Der Lernzweck des Praktikums steht nach den in § 26 genannten Vorschriften im Vordergrund. Nichtsdestotrotz haben diese Praktikanten Anspruch auf Vergütung. Auch das Bundesurlaubsgesetz, das Arbeitszeitgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz finden Anwendung. Steht jedoch nicht der Lernzweck im Vordergrund, sondern das Erbringen einer Arbeitsleistung, so handelt es sich – auch wenn als Praktikum tituliert – um ein Arbeitsverhältnis.

(Willi Brase [SPD]: Sehr richtig!)

Gestatten Sie mir, dass ich kurz aus einem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes aus dem Jahr 2003 zitiere – dort ist dies ganz hübsch zusammengefasst –: Arbeitnehmer ist, wer auf Grund eines privatrechtlichen Vertrages im Dienst eines anderen zur Leistung weisungsgebundener, fremdbestimmter Arbeit in persönlicher Abhängigkeit

verpflichtet ist ... Demgegenüber ist ein Praktikant in aller Regel vorübergehend in einem Betrieb praktisch tätig, um sich die zur Vorbereitung auf einen – meist akademischen– Beruf notwendigen praktischen Kenntnisse und Erfahrungen anzueignen. ...

Die Vergütung ist der Höhe nach deshalb – im letzteren Fall – auch eher eine Aufwandsentschädigung oder Beihilfe zum Lebensunterhalt. Scheinpraktikanten haben also die Möglichkeit, vor das Arbeitsgericht zu ziehen. Der Betroffene kann auf eine angemessene Vergütung nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches klagen. Es besteht auch die Möglichkeit, die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Wir haben im Strafgesetzbuch eine spezielle Vorschrift zum so genannten Lohnwucher. Tatsächlich ist dies das aber eine sehr hohe Hürde. Zum einen wissen viele nicht um ihre Rechte – ich denke, das ist ein Hauptproblem –, zum anderen scheuen sie den Weg zum Gericht. Denn es besteht die vage Hoffnung auf Festanstellung. Den Einstieg ins Unternehmen will man sich schließlich nicht verbauen. Ich sage ganz klar: Wenn Unternehmen Vollzeitarbeit, die es bei ihnen gibt, von Menschen erledigen lassen, die man Hospitanten, Volontäre oder Praktikanten nennt, und ihnen kein Geld dafür gibt, dann ist das unerträglich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erstens müssen wir in den nächsten Wochen politisch klären, bei welcher Art von Praktika tatsächlich politischer oder rechtlicher Handlungsbedarf besteht. Bei einem Schülerpraktikanten, der für eine Woche in einen Betrieb hineinschaut, besteht sicherlich kein Handlungsbedürfnis. Interessanter ist die Thematik der Hochschulabsolventen. Interessant ist die Problematik allerdings auch bei Studenten.

Denn Studenten können durchaus relevante Arbeitsleistung erbringen. Zweitens müssen wir klären, ob es rechtlich erforderlich ist, in § 26 Berufsbildungsgesetz eine genaue Definition des Begriffes Praktikum in Abgrenzung zum Begriff Arbeitsverhältnis vorzunehmen. Das BAG arbeitet durchaus mit diesen Begrifflichkeiten. Da ist genauer vorzugehen. Meine Damen und Herren der Linken, Ihr Antrag bleibt an dieser Stelle schlichtweg oberflächlich. Drittens. Wir müssen klären, ob es sinnvoll ist, den Parteien eines Praktikumsvertrages aufzuerlegen, dass eine schriftliche Niederlegung der Vertragsbedingungen zu erfolgen hat. Viertens. Wir sollten auch darüber reden, ob durch eine gesetzliche Regelung festgelegt werden soll, dass die Ausbildungsinhalte für das jeweilige Praktikumsverhältnis konkret umschrieben werden müssen. Ich denke, das würde dem Arbeitgeber klarmachen, was er machen oder nicht machen muss. Dies könnte in einem ersten Schritt schnell umgesetzt werden. Fünftens.

Wir müssen abschließend eine politische Entscheidung darüber treffen, ob es sinnvoll ist, einen zeitlichen Rahmen für die Lernverhältnisse gesetzlich festzuschreiben. Praktika sind wichtig. Es darf aber nicht passieren, dass sich Arbeitgeber aufgrund gesetzlicher Regelungen aus der Ausbildung zurückziehen. Ausbeutung darf umgekehrt aber genauso wenig stattfinden. Wir werden sorgfältig abwägen, welche Maßnahmen wir ergreifen können. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

## Sozialversicherungspflicht von Feuerwehrführungskräften

PRESSEMITTEILUNG

### Sozialversicherungspflicht von ehrenamtlich tätigen Feuerwehrführungskräften

Die Sozialversicherungspflicht von ehrenamtlich tätigen Feuerwehrführungskräften wird vom Bundessozialministerium nicht in Frage gestellt. Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hatte sich bereits Ende letzten Jahres auf Bitten des Glashüttener Bürgermeisters Werner Kaniewski an den Parlamentarischen Staatssekretär Franz Thönnies gewandt und um dessen Unterstützung gebeten.

Die Gemeinde versucht derzeit von der Deutschen Rentenversicherung Bund die Beiträge zur Rentenversicherung für die ehrenamtlich tätigen Feuerwehrführungskräfte in Glashütten zurückzufordern. MdB Kramme argumentierte in ihrem Schreiben, dass es bereits gerichtliche Entscheidungen gebe, so z.B. vom Bayerischen Landessozialgericht, die die Sozialversicherungspflicht von ehrenamtlich tätigen Feuerwehrführungskräften mit der Begründung verneinen, dass keine abhängige Beschäftigung vorliege. „Es kann nicht angehen, dass in dem einen Fall gezahlt werden muss, in dem anderen jedoch nicht.“

Es gelte daher, eine einheitliche Handhabung zu finden. Die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs fiel jedoch nicht zu Krammes Zufriedenheit aus: „In Berlin sieht man die Urteile lediglich als Einzelfälle an, die keinen Anlass zu einem Abweichen von den bisher festgelegten Grundsätzen der Sozialversicherungspflicht geben.“ Handlungsbedarf bestehe aus Sicht des Bundessozialministeriums daher nicht. MdB Kramme sieht die Gemeinden im Recht. Es sei richtig, dass die Kommunen Widerspruch gegen die Bescheide der Deutschen Rentenversicherung einlegen.

### Antwortschreiben des Staatssekretärs Heinrich Tiemann

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Kramme,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 17. November 2006, mit dem Sie die Sozialversicherungspflicht von Feuerwehrführungskräften ansprechen.

Die Erstattung von Beiträgen zur Sozialversicherung richtet sich nach § 26 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV). Danach sind zu Unrecht entrichtete Beiträge zu erstatten, es sei denn, dass der Versicherungsträger bis zur Geltendmachung Leistungen erbracht hat. Die Beitragserstattung kann bei der zuständigen Krankenkasse als Einzugsstelle des Gesamtsozialversicherungsbeitrages beantragt werden.

Sie hat auch die Entscheidung über die Beitragserstattung zu treffen. Diese Entscheidung ist auf Grund der verfassungsrechtlichen Vorgaben einer Überprüfung durch das Ministerium nicht zugänglich. Sofern Ihr Petent mit der Entscheidung nicht einverstanden ist, steht der Rechtsweg zu den Sozialgerichten offen. Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass sich die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung auch der Feuerwehrführungskräfte nach den von der Rechtsprechung des Bundesso-

zialgerichts entwickelten Kriterien zur Annahme eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses richtet. Denn auch ein Ehrenamt stellt sich im Regelfall als ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis dar. Die Sozialversicherungspflicht richtet sich grundsätzlich danach, ob eine Tätigkeit, für die eine Aufwandsentschädigung gewährt wird, eine Beschäftigung nach § 7 SGB IV ist.

Nach den Kriterien der Rechtsprechung stehen die ehrenamtlich tätigen Personen regelmäßig in einem Beschäftigungsverhältnis zu den Kommunen oder Landkreisen, da sie diesen gegenüber weisungsgebunden tätig werden. Die Weisungsgebundenheit kommt darin zum Ausdruck, dass den Kommunen und Landkreisen die Einrichtung, der Unterhalt und der Betrieb des Feuerwehrwesens obliegen.

Auch unter dem Gesichtspunkt, dass ehrenamtliche Tätigkeit grundsätzlich mit Unentgeltlichkeit verbunden ist, kann im Einzelfall unter Zugrundelegung der allgemeinen Grundsätze zur Feststellung eines Beschäftigungsverhältnisses Sozialversicherungspflicht vorliegen.

Nach hiesigen Erkenntnissen sind auch nach den bayerischen Landes-

regelungen die Feuerwehren Einrichtungen der Kommunen bzw. Landkreise. Die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren werden in der Regel durch die Feuerwehrvereine gestellt.

Die Vereine sind also nicht eigenverantwortlich für den Brandschutz zuständig, sondern stellen lediglich Einsatzkräfte für kommunale Aufgaben zur Verfügung. Der Feuerwehrdienst wird grundsätzlich ehrenamtlich geleistet. Die Feuerwehrdienstleistenden haben an Einsätzen, Sicherheitswachen, Ausbildungsveranstaltungen teilzunehmen und die Weisungen ihrer Vorgesetzten zu befolgen. Die ehrenamtlichen Feuerwehrdienstleister haben Anspruch auf Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber.

Nach dem Bayerischen Feuerwehrgesetz obliegen den Kommunen und Landkreisen die Einrichtung, der Unterhalt und der Betrieb des Feuerwehrwesens. Die ehrenamtlichen Feuerwehrdienstleister haben Anspruch auf eine angemessene, durch die Gemeinde festzusetzende Entschädigung, die selbst bei Verhinderung fortgezahlt wird.

(Fortsetzung auf Seite 24)

(Fortsetzung von Seite 23)

Kreisbrandrat, Kreisbrandinspektoren und Kreisbrandmeister erhalten eine angemessene Entschädigung, die von den Landkreisen getragen und festgesetzt wird. Daher werden die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Feuerwehrleute auch in

Bayern aus öffentlichen Kassen gezahlt. Soweit Sie auf eine anders lautende Entscheidung des 4. Senats des Landessozialgerichts Bayern hinweisen, handelt es sich um einen Einzelfall, der unter der zutreffenden Würdigung der ständigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts keinen Anlass zu einem Abweichen

von den bisher festgelegten Grundsätzen der Sozialversicherung gibt. Bei dieser Sachlage besteht aus meiner Sicht auch keinerlei Handlungsbedarf, die Rechtsanwendung durch die Träger zu verändern oder die über Jahrzehnte entwickelte Rechtsprechung der Sozialgerichte durch gesetzgeberische Änderungen zu beeinflussen.

## **Abschaffung Service Point am Bayreuther Bahnhof**

PRESSEMITTEILUNG

### **Einschränkungen für Menschen mit Handicap befürchtet**

Enttäuscht zeigt sich die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme über die Überlegungen der Deutschen Bahn AG den Servicepoint am Bayreuther Bahnhof zu schließen. MdB Kramme hatte sich bereits vor gut einem Jahr an den Konzernbevollmächtigten der Bahn für den Freistaat Bayern, Klaus-Dieter Josel, gewandt und den Erhalt des Servicecenters gefordert. Damals sicherte Josel der Abgeordneten noch zu, dass am Bayreuther Bahnhof der vorhandene Service erhalten bleibe. „Der Börsengang scheint heute im Mittelpunkt zu stehen“, kommentiert Kramme die Pläne der Bahn.

Gerade für Menschen mit Behinderung oder andere Personen mit Hilfebedarf bedeute die Schließung des Service-Points, dass die Benutzung der Bahn in Bayreuth nur noch erschwert möglich sein werde, argumentiert Kramme in ihrem neuerlichen Schreiben an die Deutsche Bahn AG. Die drei Bahnsteige seien nach wie vor nicht durchgängig barrierefrei erschlossen. „Die notwendige Über-

querung der Gleise ist richtigerweise nur in Begleitung von Bahnpersonal gestattet.

Daraus ergibt sich eine gravierende Einschränkung für Menschen mit einem Handicap“, so die Abgeordnete. Und weiter: „Neben der Überquerung der Gleise sind die Service-Kräfte auch für die Einstiegs- bzw. Ausstiegshilfen für behinderte Menschen zuständig. Die Hubwagen und Rampen können und dürfen aber nur durch Fachpersonal bedient werden.“

„Die Sparmaßnahmen der Bahn dürfen nicht auf dem Rücken behinderter und älterer Menschen ausgetragen werden. Das Serviceangebot muss gerade für mobilitätseingeschränkte Menschen am Bahnhof in Bayreuth ungeschmälert erhalten bleiben“, heißt es in Krammes Schreiben.

Bayreuth, den 01.02.2007

Frankenpost vom 06.02.2007 S.15

### **Abgeordnete üben Kritik an der Bahn**

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich des Haltepunkts Wiesenthau wird konkreter. Wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme vom Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Klaus-Dieter Josel, erfuhr, wird die Aufrückung des westlichen Bahnsteigs angestrebt. Dafür müsste der östliche Bahnsteig um rund 20 Meter verlängert, das Wartehäuschen verlegt und die bestehende Sicherungsanlage umgebaut werden. Laut Josel sollten weitere Defizite im Umfeld des Haltepunktes zeitgleich beseitigt werden. Unter anderem liege der von der Kreisstraße FO 2 abgesetzte Gehweg auf Bahngrund und müsse wegen der Bahnsteigverlängerung nach Süden verschoben werden. Im Bereich des Haltepunktes bestehe zudem Bedarf für Parkmöglichkeiten. „Bisher parken Autos wild auf Bahngrund ohne klar geregelte Zufahrt“, heißt es in dem Schreiben der Bahn an MdB Kramme. Laut dem Konzernbevollmächtigten sollte daher die Notwendigkeit von Parkmöglichkeiten geprüft werden. Auch der Bedarf einer zweiten Busbucht auf der Südseite der Kreisstraße mit Quermöglichkeit für Fußgänger sollte einer Prüfung unterzogen werden.

Einen geeigneten Zeitpunkt für die Baumaßnahmen an der Haltestelle Wiesenthau hat die Bahn bereits gefunden. Sie plädiert dafür, diese zusammen mit dem im Frühjahr dieses Jahres stattfindenden Gleisumbau der Strecke Forchheim – Ebermannstadt vorzunehmen. „Während der Streckensperrung vom 30. März bis einschließlich 16. April könnten die Arbeiten ohne Einschränkungen durch den Bahnbetrieb erfolgen“, erklärt MdB Anette Kramme. Um dies zu realisieren soll Ende der Woche ein Gespräch zwischen allen Beteiligten über den Umfang der Maßnahme und die Finanzierung stattfinden. „Ich hoffe, dass eine Einigung erzielt werden kann, damit die Verbesserung der Verkehrssicherheit endlich Realität wird“, so MdB Kramme abschließend.

## Verkehrssicherheit Haltestelle Wiesenthau

PRESSEMITTEILUNG

### Weiterer Schritt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an Haltestelle Wiesenthau

Der Bundeszentrale für politische Bildung drohen nun doch keine immensen Mittelkürzungen. Dies teilt die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) mit. „Gegenüber dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung werden die Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung um 5 Mio. Euro erhöht“, so Kramme.

Zunächst war vorgesehen, die Ausgaben für politische Bildungsarbeit von 18,4 Mio. Euro auf 13,4 Mio. abzusenken, was einer Kürzung um 30 Prozent gleichgekommen wäre.

„Dies hätte sich auch auf die Arbeit der politischen Bildungsträger vor Ort, wie die Franken-Akademie Schloss

Schney und das Bürgerforum Bayreuth mit Schloss Weidenberg, massiv ausgewirkt“, erläutert die Abgeordnete. Diese seien auf Zuwendungen der Bundeszentrale angewiesen.

Die SPD-Fraktion hatte in den vergangenen Wochen wiederholt auf die Bedeutung der politischen Bildungsarbeit hingewiesen. Das Engagement hat sich gelohnt: Auch in diesem Jahr wird die politische Bildungsarbeit mit 18,4 Mio. Euro auf hohem Niveau gefördert. Damit könne weiterhin ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Demokratie und zur Extremismus-Prävention geleistet werden, freut sich MdB Kramme.

Bayreuth, den 10.01.2007

## Börsengang der Bahn

PRESSEMITTEILUNG

### Trotz Teilprivatisierung der Bahn – Bund bekommt mehr Einfluss

„Börsengang der Bahn – Was kommt auf uns zu?“ - so lautete das Thema eines Informations- und Diskussionsabends, zu dem die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme eingeladen hatte. Als Referent konnte sie den Bahnbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, MdB Martin Burkert, gewinnen, um interessierte Bürgerinnen und Bürger aus erster Hand über die Pläne der Berliner Koalition zur Teilprivatisierung der Deutschen Bahn zu informieren.

MdB Kramme skizzierte eingangs die enormen Umgestaltungen, die der Transportgigant auf dem Weg vom Staatsunternehmen zu einem weltweit operierenden Konzern zu bewältigen hatte. „Beim geplanten Börsengang stehen wir vor der Aufgabe, die Zukunftsfähigkeit der Bahn und die langfristige Sicherung tausender Arbeitsplätze zu gewährleisten. Ich wünsche mir aber gerade hierfür zukünftig mehr politischen Einfluss auf den Konzern und nicht weniger – auch wenn das Herr Mehdorn nicht gerne hört“, so MdB Anette Kramme. Die Bundestagsabgeordnete forderte, dass die weltweite Ausdehnung der Bahn nicht zu Lasten der Menschen gehen dürfe, die täglich auf einen zuverlässigen Dienstleister im Personennahverkehr angewiesen seien.

MdB Martin Burkert, selbstverständlich mit der Bahn angereist, informierte über die Fortführung der Bahnreform und die damit verfolgten Ziele. Nach langem Ringen sei eine Einigung für die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG erreicht worden, die für die SPD einen guten Kompromiss darstelle. Dazu Burkert: Verkehrspolitische Ansprüche würden mit den Entwicklungschancen eines Unternehmens in Einklang gebracht – dies sei der SPD wichtig gewesen. „In jedem Fall bleibt aber der Bund für die Infrastruktur verantwortlich, so wie es das Grundgesetz verlangt“, beruhigte Martin Burkert.

Private Investoren werden danach nicht an den Infrastrukturunternehmen beteiligt. Die DB AG übernehme die Bewirtschaftung und Betriebsführung des Netzes und könne die Infrastruktur bilanzieren. Auch das Beschäftigungsbündnis könne fortgeführt werden. Des Weiteren erhalte der Bund mehr Einfluss, erklärte MdB Martin Burkert.

In der anschließenden Diskussion ging es nicht nur um die Bahnreform. Fragen zu den Fahrpreisen und Streckenverbindungen mussten die MdBs aber unbeantwortet lassen. Das sei reine Unternehmenssache, erläuterten die beiden Bundestagsabgeordneten Kramme und Burkert.

Bayreuth, den 22.01.2007

Nordbayerischer Kurier vom 17.01.2007

## Abgeordnete üben Kritik an der Bahn

### Kramme: Deutsche Bahn ist ein Vorbild in der Tarifpolitik

Als den „vorläufigen Höhepunkt einer seit nunmehr 17 Jahren andauernden „Reform“ bezeichnete die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) den für das Jahr 2009 geplanten Börsengang der Deutschen Bahn. Die Abgeordnete hatte zu einer Informationsveranstaltung zu diesem Thema geladen.

Mit diesem Thema werde „ein heißes Thema“ angefasst, so die Sozialdemokratin. Schließlich hätten die Menschen nicht immer nur Positives von der Bahn gehört. „Bei aller berechtigten Kritik an der Bahn und ihrer Geschäftspolitik, kommt diesem riesigen Arbeitgeber auch Vorbildcharakter zu“, ergänzte Kramme. Gemeint sei der vor wenigen Jahren abgeschlossene Beschäftigungspakt als ein le-

gendiges Beispiel für eine funktionierende Tarifautonomie. Der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis zum Jahr 2010 habe vielen Menschen die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes genommen.

Mit dem geplanten Börsengang stehe man nun vor der Aufgabe, „die Zukunftsfähigkeit der Bahn und die langfristige Sicherung tausender Arbeitsplätze zu gewährleisten“. „Ich wünsche mir aber gerade hierfür zukünftig mehr politischen Einfluss auf den Konzern und nicht weniger – auch wenn das Herr Mehdorn nicht gerne hört“.

Als Experte trat der Bundestagsabgeordnete Martin Burkert, bahn- und schienenpolitischer Sprecher der SPD-Landesgruppe, bei der Veranstaltung auf.

Nordbayerischer Kurier vom 13./14.01.2007

## Die Bahn soll sich europaweit etablieren

### Bayreuther sehen das Schweizer Modell als Vorbild

Der Weg für ein Bahn-Privatisierungsgesetz ist frei, die Große Koalition hat sich auf die Eckpunkte des geplanten Börsengangs geeinigt. Dass dennoch viele Fragen strittig sind, zeigte eine Informationsveranstaltung in Bayreuth.

Als Experte trat Martin Burkert, Bahn- und Schienenpolitischer Sprecher der SPD-Landesgruppe im Bundestag, bei der Veranstaltung auf. Vor rund 30 Gästen blickte der Bundestagsabgeordnete auf rund 17 Jahre Reform der Deutschen Bahn zurück. Ein Wendepunkt sei zum einen die Zusammenführung von Bundesbahn und Reichsbahn sowie die Gründung der Deutschen Bahn AG in den Jahren 1993 und 1994 gewesen. Zum anderen sei im Jahr 1999 die Umwandlung der Unternehmensbereiche Fernverkehr, Nahverkehr, Güterverkehr und Netz in eigene Aktiengesellschaften unter dem Dach einer Holding erfolgt.

Nun sei es daran, die Reform fortzuführen, die Teilprivatisierung sei ein wichtiger Schritt. „Die nun erfolgte Einigung hat zahlreiche Vorteile“, erklärte Burkert. So bleibe die Infrastruktur weiterhin beim Bund, der insgesamt mehr Einfluss erhalte und ein massiver Arbeitsplatzabbau sei verhindert worden. „Die Bahn erhält nun die Chance, ein Global Player zu werden und sich auf dem europäischen Markt zu etablieren“, ist der Bundestagsabgeordnete überzeugt.

Nicht ganz überzeugt zeigten sich die Teilnehmer an der abschließenden Diskussionsrunde. So wurde mehrfach der vorbildhafte Charakter des Schweizer Modells angesprochen. „Die Bahn ist dort vollständig privatisiert, sie ist offensiver am Markt, bei der Deutschen Bahn ist man zu defensiv“, erklärte Professor Rolf Monheim. So werde in der Bundesrepublik zu viel Geld für Prestigeobjekte ausgegeben, in der Schweiz werde dort Geld investiert, wo es den größten Nutzen erziele. Auch über den Netzzustand äußerten sich die Gäste eher negativ. Wie Burkert zuvor erklärte, werde eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Bahn getroffen. „Die Netzqualität muss nachprüfbar sein und der von der Deutschen Bahn AG erstellte Zustandsbericht wird einer Prüfung unterzogen“, so Burkert.

## Postfiliale Seybothenreuth

PRESSEMITTEILUNG

### Änderungen bei der Post in Seybothenreuth

In Seybothenreuth wird es Änderungen in der Filialstruktur der Post geben. Die bisherige Partner-Filiale in der Hauptstr. 2 wird mit Ablauf des 30.04.2007 geschlossen. Dies erfuhr die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme vom Politikbeauftragten der Deutschen Post AG, Hugo Scheuenpflug. Aufgrund der geringer gewordenen Kundennachfrage werde künftig eine Post-Service-Filiale in Seybothenreuth eingerichtet, heißt es von Seiten der Post. In den Post-Service-Filialen werde laut Kramme jedoch lediglich ein Basis-Sortiment an Postdienst angeboten. Bankdienstleistungen fielen nicht darunter. „Die Post-Service-Filiale stellt ein kundenfreundliches und insbesondere kostengünstiges Filialformat dar, das im Sommer 2003 mit dem Ziel eingeführt wurde, die Universalienverpflichtungen mit den unternehmerischen Notwendigkeiten besser in Einklang bringen zu können“, zitiert MdB Kramme aus dem Schreiben der Post. Anette Kramme sieht in diesem Filialformat vor allem Vorteile für die Post selbst und kritisiert den weiteren Rückzug der Post aus der Fläche.

Bayreuth, den 19.01.2007

Bayerische Rundschau vom 13./14.01.2007

## Privatisierung schafft Chancen

### Referat des bahnpolitischen Sprechers der SPD-Landesgruppe

Bayreuth- Die für 2009 geplante Teilprivatisierung schafft der Deutschen Bahn (DB)-AG die Möglichkeit, sich auf dem liberalisierten Markt des Güter- und Personenverkehrs als „echter Global Player“ zu behaupten.

Gleichzeitig muss der hohe Standard, der den Bahnreisenden geboten wird, gehalten und verbessert werden. Zudem darf die Sicherung der Arbeitsplätze nicht zu kurz kommen. Diese Kernforderungen werden nach Einschätzung von Martin Burkert, dem bahnpolitischen Sprecher der SPD-Landesgruppe im Bundestag, durch den für Ende März anvisierten Gesetzesentwurf zum Börsengang der Bahn erfüllt.

Burkert, der selbst gelernter Eisenbahner des mittleren nichttechnischen Dienstes ist und als Funktionär bei der Eisenbahngewerkschaft seit 2005 den Wahlkreis Nürnberg-Süd/Swabach im Bundestag vertritt, referierte bei einer Informationsveranstaltung auf Einladung der Bayreuther SPD Bundestagsabgeordneten Anette Kramme. Um Weltmarkt zu etablieren, plant die DB-AG unter anderem Kapitalbeteiligungen an Bahngesellschaften in Russland, Südosteuropa und Asien, den Aus-

bau einer Gütertransportlinie zwischen Peking und Berlin durch Russland, den Ausbau der Hafenstandorte sowie Teilübernahmen von Hafengesellschaften an der Nord- und Ostsee. Nach der vollständigen Liberalisierung des Güterverkehrs auf der Schiene innerhalb der EU steht 2010 die EU-weite Öffnung des Personenverkehrs mit der Bahn an.

Dazu muss die DB-AG ihre ICE-Flotte umbauen und modernisieren, um beispielsweise auch die TGV-Trassen in Frankreich befahren zu können. Für alle diese Expansionspläne benötigt die DB-AG Kapital, das aus einer Teilprivatisierung erwirtschaftet werden soll. Nach dem Grundgesetz muss die Aktienmehrheit beim Bund bleiben. Vorerst ist laut Burkert angedacht, 24,9 Prozent der Anteile zu verkaufen. Bei 25 Prozent liegt die Sperrminorität.

Im Gesetz über den Börsengang der DB-AG wird festgelegt, dass sich die Investoren jedoch nicht an der Eisenbahninfrastruktur 'beteiligen' können. Das bedeutet, dass das gesamte Schienennetz, die Bahnhöfe und Stationen sowie der Servicebereich in das Eigentum des Bundes überführt werden. Die Bewirtschaftung und Bilanzierung des Schienen-

netzes und damit die wirtschaftliche Verantwortung verbleibt weiter bei der Bahn-AG.

Als Grundlage für die Eigentumsübertragung an den Bund hat die DB-AG einen Netzzustandsbericht anzufertigen, die vorzuhaltende Infrastrukturqualität wird vertraglich vereinbart. „Wir haben derzeit kein Bild vom größtenteils über 150 Jahre alten Schienennetz. Fakt ist, dass in den vergangenen Jahren viel gespart worden ist, um die Bilanz des Unternehmens im Hinblick auf den Börsengang im Rampenlicht präsentieren zu können“, so Burkert. Letztlich sei der genaue Wert des Unternehmens derzeit nicht bekannt.

Fest stehe, dass der Bund nach der Teilprivatisierung jährlich einen Beitrag von 2,5 Milliarden Euro für die Bahninfrastruktur leisten wird. Wichtig sei es der SPD auch, dass die zwischen der DB-AG und der Gewerkschaft Transnet vereinbarte Beschäftigungssicherung und der konzerninterne Arbeitsmarkt aufrechterhalten bleiben. Insgesamt habe die DB-AG derzeit etwa 230 000 Beschäftigte, ohne die Vereinbarung über die Beschäftigungssicherung wären zumindest 50 000 Arbeitsplätze bedroht.

## Bundespolizeiabteilung Bayreuth

PRESSEMITTEILUNG

### Zukunft der Bundespolizei in Bayreuth nach wie vor unklar

Die Zukunft der Bundespolizeiabteilung Bayreuth ist nach wie vor nicht gesichert. Wie die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme aus dem Bundesinnenministerium erfuhr, sind noch keinerlei Standortentscheidungen getroffen worden. „Vorschläge und Modelle hierzu werden Ergebnis des Feinkonzepts sein, das die eingesetzte Projektgruppe erarbeitet. Auf dieser Basis werden die weiteren Entscheidungen getroffen“, heißt es in der Antwort aus dem Innenministerium. MdB Kramme hatte sich nach Bekanntwerden der Eckpunkte zur künftigen Struktur der Bundespolizei an Staatssekretär Dr. August Hanning gewandt und sich für den Erhalt des Standortes Bayreuth eingesetzt. Laut Staatssekretär Dr. Hanning sei vorgesehen, das bereitschaftspolizeiliche Element der Bundespolizei – die Bundespolizeiabteilungen – verstärkt auf Einsatzschwerpunkte auszurichten, wo sie besonders häufig benötigt werden. Die Zahl der Einsatzeinheiten solle jedoch erhalten bleiben. Ziel der Reform sei es, die operative Arbeit der Bundespolizei und zugleich die polizeiliche Präsenz zu stärken. Kramme wird sich auch weiterhin nachdrücklich für den Erhalt der Bundespolizeiabteilung in Bayreuth einsetzen. Allein die zentrale Lage sei ein gewichtiges Argument pro Bayreuth. „Von hier aus sind wichtige Einsatzorte wie Berlin, Leipzig, Dresden, Nürnberg oder auch Stuttgart sehr gut erreichbar“, so die Abgeordnete. Hinzu komme die gute Infrastruktur vor Ort. Erst im letzten Jahr habe die Bundespolizei in Bayreuth Teile der ehemaligen Markgrafenkaserne übernommen.

Bayreuth, den 09.01.2007

## Gesundheitsreform

PRESSEMITTEILUNG

### Alle Reha-Leistungen werden Pflichtleistungen Gesundheitsreform bringt Positives für oberfränkische Kurorte

Die geplante Gesundheitsreform bringt gerade für die oberfränkischen Kurorte Positives. Laut der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme sollen künftig alle Reha-Leistungen zu Pflichtleistungen der Kassen werden. „Dies ist ein großer Erfolg der SPD, die sich dafür eingesetzt hat“, so MdB Kramme. Bisher sind Reha-Leistungen Ermessensleistungen der Krankenkassen. Schon in den Eckpunkten der Gesundheitsreform war auf Initiative der SPD vorgesehen, dass die geriatrische Rehabilitation und die Eltern-Kind-Kuren in Zukunft von den Krankenkassen bezahlt werden müssen. „In den Koalitionsgesprächen der letzten Woche wurde nun beschlossen, dies auf alle Reha-Leistungen auszuweiten“, erklärt die Bayreuther Abgeordnete. Wir stärken die Rehabilitation, weil wir wissen, dass damit den Menschen geholfen wird und gleichzeitig Folgekosten eingespart werden“, so Anette Kramme. Gleichzeitig bedauert sie, dass die ambulanten Vorsorgeleistungen nicht mit in den Pflichtkatalog aufgenommen werden konnten: Dies sei jedoch nicht durchsetzbar gewesen.

## VERMISCHTES

PRESSEMITTEILUNG

### Aufruf zur Teilnahme am Victor-Klemperer-Preis Wettbewerb unter dem Motto: „Kreativ für Toleranz“

In einer Pressemitteilung weist die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme auf den Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb hin. Unter dem Motto: "Kreativ für Toleranz" veranstalten die Dresdner Bank, das ZDF sowie das Bündnis für Demokratie und Toleranz zum siebten Mal diesen Wettbewerb. Teilnehmen können Jugendliche ab 14 Jahre, egal ob sie sich als Einzelperson, Schulklasse oder Verein bewerben. Noch bis zum 31. März 2007 sollen die Jugendlichen ihre Visionen einer demokratischen, toleranten und weltoffenen Gesellschaft anhand von Reportagen, Theaterstücken, Websites, Interviews, Videos oder Liedtexten darstellen. Eine Jury, die sich aus Politikern, Journalisten und Künstlern zusammensetzt, wird dann die Beiträge sichten und prämiieren. Die besten Arbeiten werden mit Studienfahrten nach Prag, Berlin und

Dresden sowie Wertpapierkonten der Dresdner Bank im Wert von jeweils 1.000 Euro belohnt. "Demokratie lebt vom Mitmachen", erklärt Anette Kramme und fordert deshalb alle Jugendlichen aus ihrem Wahlkreis dazu auf, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Die Wettbewerbsbroschüren können auf der Internetseite des Jugendwettbewerbs unter <http://www.victor-klemperer-wettbewerb.de> herunter geladen werden. Namensgeber des Wettbewerbs ist der Dresdner Romanistik-Professor Victor Klemperer, der als Jude dem Nazi-Terror ausgesetzt war, aber nie den Glauben an die Werte von Toleranz und Weltoffenheit verloren hat. In seinen Tagebüchern beschreibt es die damaligen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im nationalsozialistischen Deutschland. "Ich sehe Victor Klemperer als ein Vorbild, das zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement mahnt" so Anette Kramme.

Bayreuth, den 24.01.2007

PRESSEMITTEILUNG

### Junge Menschen diskutieren Zukunft Europas

Junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren, die an Europa-Fragen interessiert sind, können sich nur noch bis zum kommenden Mittwoch für das „Jugendplenum 2025“ bewerben. Darauf hat heute die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hingewiesen. Das Treffen findet Anfang Juni im niederösterreichischen Stift Göttweig statt. Jugendliche aus allen EU-Mitgliedsstaaten sind dazu aufgerufen, hier ihre Gedanken und Ideen für ein Europa der Zukunft einzubringen. „Die Zukunftsthemen Integration, Bildung, Beteiligung von Jugendlichen und ein soziales Europa stehen ganz oben auf der Tagesordnung. Aber eben nicht über die Jugendlichen hinweg, sondern mit ihnen“, verdeutlicht die SPD-Politikerin ihr Engagement für diese Aktion. Das Jugendplenum findet im Rahmen des „Europa Forums Wachau“ statt, das alle zwei Jahre Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zum Gedankenaustausch über die Entwicklung Europas zusammenbringt. Erstmals werden auch junge Europäer eingeladen, sich an der Weiterentwicklung der europäischen Idee zu beteiligen. Weitere Informationen und Anmelde-möglichkeiten sind über die Internetseite <http://www.bmaa.gv.at/berlin> erhältlich.

Bayreuth, den 18.01.2007

## Politik und Karriere

Bayerische Rundschau vom 19.12.2007

### So macht man Karriere in der Politik

Rund 80 Studierende folgten der Einladung der Juso-Hochschulgruppe der Uni Bayreuth zu einem Info-Abend „Karriere im Berufsfeld Politik“. Die Veranstaltung gehörte zur „Politikcheck-Aktion“, die ein Projekt der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme exklusiv für alle Studenten ist. „Auf diese Weise kann man Politik und deren Akteure hautnah und auch mal aus einem anderen Blickwinkel kennen lernen“, erklärte MdB Kramme den Hintergrund. Anette Kramme startete mit der Vorstellung ihres Werdegangs. „Bundestagsabgeordnete fällt einem sicherlich als typischer Beruf in der Politik ein, aber auf Grund der begrenzten Zahl der Abgeordneten in Deutschland steht diese Tätigkeit nur sehr wenigen offen.“

Die Abgeordnete stellte Karrieremöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene vor. „Da kann es schon mal sein, dass eine Stellenausschreibung des Ministeriums nur zu 98 Prozent auf einen zutrifft und schon ist man chancenlos - trotz Promotion und Top-Noten.“

Thematisiert wurden aber auch Bereiche, an die man nicht sofort denkt, wie Tätigkeiten bei Verbänden und Krankenkassen. „Berufsstart in einer Krankenkasse, heute Abteilungsleiter in einem Ministerium - das gibt es eben auch.“ Als Beispiel für einen Beruf in der „zweiten Reihe“ hatte MdB Kramme ihre Mitarbeiterin Anne Siebold mitgebracht, die ebenfalls den Studierenden Rede und Antwort stand.

## Generation Praktikum

tagesschau.de vom 19.01.2007

### Prekariat auf dem Marsch durch die Institutionen

Das Schicksal der gut ausgebildeten Billiglöhner der "Generation Praktikum" beschäftigte 2006 die Medien, die Praktikanten zogen -in kleinen Gruppen - auf die Straße und unterschrieben zu zehntausenden eine Petition an den Bundestag. Arbeitsminister Müntefering versprach, sich zu kümmern. Passiert aber ist wenig.

"Die Zeit" machte die "Generation Praktikum" im März 2005 zur Titelseite, die "FAZ" griff das Thema im Mai 2006 auf, im Juli erreichte es dann als "Spiegel"-Cover die höchstmögliche Medienaufmerksamkeit. Im September verkündete daraufhin Bundesarbeitsminister Franz Müntefering, sein Ministerium werde sich des Problems annehmen.

Wer damals einer der betroffenen Hochschulabsolventen war, die sich nach der Uni von einem unbezahlten Praktikum zum nächsten kaum bezahlten Übergangsjob hangeln, hat inzwischen wahrscheinlich schon drei Mal den Arbeitgeber gewechselt. Heute wurde das Thema zwar im Bundestag behandelt - doch passiert ist politisch bisher wenig: Das Arbeitsministerium teilte lediglich mit, es werde in nächster Zeit auf seiner Homepage mit einem neuen

Schwerpunkt Praktikanten über ihre gesetzlichen Rechte aufklären. Auch aus der Partei des Arbeitsministers gibt es bisher noch keine konkreten Ansätze.

Erst nächste Woche wollen die Fachleute der SPD-Bundestagsfraktion über das Thema sprechen. "Wir wünschen uns, dass den Worten auch Taten folgen", sagt Frank Schneider von der Praktikanten-Organisation "Fairwork" gegenüber tagesschau.de. Denn zehntausende Bürger haben die Politik zum Handeln aufgefordert.

Eine erste Online-Petition an den Bundestag unterschrieben im Sommer mehr als 47.000 Unterstützer. Ende des Jahres legten die DGB-Jugend und die Praktikanten-Organisation "Fairwork" mit einer zweiten Petition nach, die mehr als 60.000 Unterzeichner fand.

Darin forderte sie die Begrenzung von Praktika auf höchstens drei Monate und eine Mindestvergütung. Unternehmen dürften keine regulären Stellen durch Praktikanten ersetzen oder ein unbezahltes Praktikum zur Voraussetzung für eine Ausbildung oder Festanstellung machen:

"Ein Lernverhältnis ist ein Lernverhältnis. Ein Arbeitsverhältnis ist ein Arbeitsverhältnis", sagt DGB-Vertreterin Silvia Helbig. Das müsse auch gesetzlich klar gestellt sein.

Wie nach den beiden Petitionen weiter verfahren wird, wird der Petitionsausschuss laut eigenen Angaben erst in den kommenden Tagen entscheiden. DGB und "Fairwork" rechnen fest damit, dass das Gremium dem Bundestag die Beschäftigung mit dem Thema und öffentliche Anhörungen empfehlen wird, und hoffen auf deren Wirkung.

Im Bundestag interessierte sich bisher nur die Opposition wirklich für das Thema. Heute wurden zwei wenig aussichtsreiche Anträge von Grünen und Linksfraktion debattiert, in denen ähnlich argumentiert wird, wie in der DGB-Petition. "Wir wollen den Vizekanzler an sein Versprechen erinnern", sagt die Linkspartei-Abgeordnete Hirsch.

Das sieht auch der Grünen-Politiker Kai Gehring so. Interne Überlegungen der Bundesregierung, ob nicht eher das Bildungsministerium zuständig sein, interessierten ihn nicht. (Fortsetzung auf Seite 30)

(Fortsetzung von Seite 29)

"Ob Müntefering oder Schavan, das ist mir egal", sagt Gehring. "Hauptsache, die Bundesregierung sucht nach Lösungen. Sie muss in die Pötte kommen."

Doch einen gemeinsamen Antrag hatten die beiden Oppositionsparteien nicht formuliert. "Die Grünen setzen wie mache Stimmen in der SPD auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen", sieht Hirsch einen deutlichen Unterschied.

Das reiche angesichts der bisherigen Erfahrungen mit ähnlichen Selbstverpflichtungen nicht aus. "Wir wollen

nicht überbürokratisieren. Sonst bietet vor lauter Regelungen kein Unternehmer mehr Praktika an", hält Gehring dagegen. SPD-Parlamentarier Sven Schulze brachte in der Debatte zum Ausdruck, dass seine Partei gesetzliche Regelungen nicht unbedingt für notwendig hält:

"Wir müssen uns fragen, womit wir in der Realität wirklich etwas verbessern." Statt Neuregelungen einzuführen, sollten der Bundestag und Behörden bei der Behandlung ihrer Praktikanten Vorbilder sein.

"Das Thema ist schwieriger, als Grüne und Linkspartei sich das vorstellen", gibt seine Fraktionskollegin

Anette Kramme zu bedenken: "Praktikum ist nicht gleich Praktikum." Immerhin: "Fairwork"-Vorstand Schneider hat beobachtet, dass "Studenten und Absolventen kritischer betrachten, auf was sie sich einlassen." Einige Unternehmen würden inzwischen die Stellenbeschreibungen für die von ihnen angebotenen Praktika überdenken. Andererseits gebe es weiterhin eine Menge schwarzer Schafe - eine Werbeagentur, die Job-Anwärter zunächst einmal drei Monate umsonst arbeiten lässt, will "Fairwork" in den nächsten Wochen zum "Abzocker des Jahres" küren.

## MdB Anette Kramme vor Ort ...

### Jugendtreff Speichersdorf

Nordbayerischer Kurier vom 12.01.07, S. 30

#### Zusammenhalt von Generationen und Nationen

##### Speichersdorfer Jugendtreff soll in ein Mehrgenerationenhaus eingebunden werden – Kramme hält das für förderwürdig

Das könnte klappen, zeigte sich Bundestagsabgeordnete Anette Kramme gestern zuversichtlich: Die Idee eines Mehrgenerationenhauses in Speichersdorf, in das auch die Integration von Aussiedlern und Türken eingebunden sein soll, ist in Krammes Augen förderwürdig.

Kramme besuchte gestern den Speichersdorfer Jugendtreff, der 2003 zur besseren Integration junger Spätaussiedler eingerichtet und bis Juni 2006 durch den Bund gefördert worden war. Inzwischen läuft der Treff über die Caritas weiter, finanziert durch Zuschüsse verschiedener Stellen, unter anderem der Gemeinde Speichersdorf und den beiden Kirchen. Da der Treff gerade um das liebe Geld Jahr für Jahr kämpfen muss, sei man auch ständig auf der Suche nach neuen Ideen, die sicherstellen könnten, dass auch weiterhin Geld fließt, so Caritas-Geschäftsführer Hermann Hinterstößer. Nun also die Idee eines Mehrgenerationenhauses, das im Fall von Speichersdorf aus zwei Häusern bestehen würde.

Die Voraussetzungen wären ideal: Direkt neben dem alten Schul- und Kindergartengebäude, in dem sich heute der Jugendtreff befindet, sind im alten Rathaus Vereine bracht, beispielsweise der Seniorenclub, die Landjugend oder die Musikschule. Eine Vernetzung dieser Nachbarschaft biete sich geradezu an. „Hier sind jede Menge Ideen denkbar“, sprang auch Kramme gleich auf diesen Zug auf, Senioren könnten Nachhilfe geben, Jugendliche den Älteren beim Ausfüllen von Anträgen helfen, auch ein Cafe als Familientreff wäre denkbar, ergänzte Hinterstößer. Dafür gelte es nun, in der Gemeinde Freiwillige zu generieren. „In der Geschichte liegt ein besonderer Reiz“,

kommentierte Kramme diese Idee und nahm Bezug auf den Integrationsgedanken, dem sich gerade Speichersdorf zu stellen habe. Dieser Reiz dürfte eine Förderung auch sehr wahrscheinlich machen, machte die Abgeordnete den Verantwortlichen Mut, die nun hoffen, in der zweiten Vergabewelle der Zuschüsse des Familienministeriums im März dabei zu sein. Für zunächst zwei Jahre würde es 40 000 Euro Zuschuss pro Jahr geben, informierte Hinterstößer. Der Bedarf eines solchen generationsübergreifenden Zusammenhalts sei vorhanden, das war bereits abgefragt worden, so Stefanie Noll, Leiterin des Speichersdorfer Jugendtreffs.

Die Verknüpfung die man sich hier vorgenommen hat, laufe auf anderen Ebenen bereits, berichtete Dolores Longares-Bäumler, die die Speichersdorfer Aussiedler berät. „Es entstehen bereits Freundschaften zwischen den Nationen“, durch den Jugendtreff laufe die Integration in der Gemeinde schon viel entspannter ab. Sie führte dies auch auf die gute Netzwerkarbeit zwischen Caritas, Gemeinde, Vereinen und (Geld)Spendern zurück. Wichtig sei, ergänzte Bürgermeister Manfred Porsch, dass diese Art der Integrationsarbeit auch planbarer werde womit er wieder bei den Finanzen war.

„Es wäre uns schon sehr geholfen, wenn wir über einen längeren Zeitraum als ein Jahr finanzielle Sicherheit hätten.“ Auf Dauer könne die Gemeinde die Finanzierung nicht leisten. Im Jugendtreff fanden bisher 200 Jugendliche - überwiegend Aussiedler - eine Anlaufstelle. 40 von ihnen sind fast täglich anwesend.

## Gesundheitsreform: Staatssekretärin Marion Caspers-Merk zu Gast

Bayerische Rundschau vom 25.01.07, S. 22

### „Sonst fährt das Gesundheitssystem an die Wand“ Staatssekretärin Marion Caspers-Merk im Gespräch mit Krankenversicherern

Durch die von der Bundesregierung angestrebte Gesundheitsreform werden die gesetzlichen Krankenkassen, die auf Beratung und Service für ihre Mitglieder setzen, aus ökonomischen Gründen gezwungen werden, ihr Dienstleistungsnetz in der Region auszudünnen. Zu diesem Befund kam Michael Hübner, der Gebietsleiter für Ober- und Unterfranken der DAK, bei einem Gespräch von Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen mit Marion Caspers-Merk (SPD), der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium.

Hübner kritisierte: „Die Jungen suchen sich eine günstige Internet-Kasse ohne Vor-Ort-Service, die Alten streben in die gesetzlichen Kassen mit einem weit verzweigten Dienststellennetz, die folglich auch entsprechend teurer sind.“ Marion Caspers-Merk betonte, dass die Einführung des Gesundheitsfonds eine sinnvolle Antwort auf die Problemstellungen der älter werdenden Gesellschaft sei. „Ohne Veränderungen fährt das gesamte Gesundheitssystem an die Wand“, so die Staatssekretärin.

Ein entscheidender Punkt sei, dass der Gesundheitsfonds neben den Beiträgen der Versicherten auch aus Steuermitteln – heuer 2,5 Milliarden Euro, bis 2020 ansteigend auf 14 Milliarden Euro – gespeist wird. Bei der Rentenversicherung würden jedes Jahr 70 Milliarden Euro aus allgemeinen Steuermitteln zugeschossen, um Stabilität zu garantieren, dieses Modell werde jetzt zum Teil auch auf die Krankenversicherung übertragen.

Caspers-Merk zeigte sich zuversichtlich, dass die Steuergelder für die Krankenversicherung dank wieder höherer Einnahmen aus dem allgemeinen Steuertopf bestritten werden können und keine neue Steuer eingeführt werden muss. Das Krankheitsrisiko und die Einkommensunterschiede der Versicherten würden zwischen den einzelnen Krankenkassen wesentlich besser ausgeglichen.

Klaus Knorr, der Direktor der AOK Bayreuth-Kulmbach, machte den Vorschlag, die Steuergelder rein für die Krankenversicherung der Rentner, die im Schnitt nur 42 Prozent ihrer in Anspruch genommenen Leistungen selbst finanzieren, zu verwenden. Dies würde den gesetzlichen Krankenkassen auch gegenüber den privaten Kassen „einen echten, fairen Wettbewerb“ erlauben.

Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme zeigte sich zufrieden darüber, dass trotz der Einführung des Gesundheitsfonds zumindest bis zum Jahr 2011 die Modalitäten des Beitragseinzugs bei den Versicherten in der bisherigen Form geregelt bleibt. Ab 2011 könnten Firmen Verträge mit einzelnen Versicherern abschließen.

Nordbayerischer Kurier vom 24.01.2007 S. 12

### Wettbewerb ohne die Alten Versicherer schlägt Staatssekretärin eine steuerfinanzierte Rentnerkasse vor

Auf der einen Seite die Staatssekretärin, die die nächste Stufe der Gesundheitsreform für gelungen erklärt. Auf der anderen Seite die Vertreter der gesetzlichen Kassen, die gestern bei einem Treffen mit Marion Caspers-Merk in Bayreuth ihre tiefe Skepsis gegenüber dem Gesetzeswerk deutlich machten. Auf Einladung der Bayreuther SPD-Abgeordneten Anette Kramme kam es also zum konfrontativen Austausch. Auch wenn die Kassenvertreter (von AOK, Banner und DAK) den Gesundheitsfonds, sofern er ab 2011 seine volle Wirkung, für grundsätzlich richtig halten, so sind sie doch sehr skeptisch, dass die gesetzlichen

Kassen im angestrebten Wettbewerb mithalten können.

Michael Hübner (DAK) brachte es auf den Punkt: Die Jungen suchen sich eine günstige Kasse ohne Vor-Ort-Service, die Alten streben in die gesetzlichen Kassen mit einem weit verzweigten Dienststellennetz, die folglich auch entsprechend teurer sind.

Die gesetzlichen Kassen haben dann ein klares Wettbewerbsproblem, das sie allenfalls lösen können, wenn sie sich aus dem Service, aus der Fläche, verabschieden. Erschwerend komme hinzu, dass im Durchschnitt ein Rentner nur 42 Prozent der in Anspruch genommenen Gesundheitsleistungen selbst finanziert.

Sein Vorschlag: Da das Gesundheitssystem nicht unerheblich von Steuern mitfinanziert werden soll (14 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020), könnte doch eine gesetzliche Versicherung allein für Renteneempfänger geschaffen werden, deren Defizite durch Steuern ausgeglichen würden. Dies würde den gesetzlichen Kassen nicht nur untereinander, sondern auch gegenüber den Privaten Versicherern echten Wettbewerb erlauben. Nächste Sorge: Die angestrebte „Fondswelt“ (Originalton Staatssekretärin) sichert den gesetzlichen Kassen nicht den Ausgleich. Will heißen, der Gesundheitsfonds.

(Fortsetzung auf Seite 32)

(Fortsetzung von Seite 31)

Caspers-Merk machte deutlich, dass das Gesundheitssystem ja auch durch Steuern mitfinanziert werde. Gegenwärtig seien 2,5 Milliarden Euro zur Unterstützung des Systems vorgesehen, bis zum Jahr 2020

sollen 14 Milliarden in das Gesundheitssystem gepumpt werden. Die Frage, ob dieser gewaltige Betrag durch zusätzliche Steuern erbracht werden muss, verneinte sie. Sie ist optimistisch, dass dieses Geld aus den allgemeinen Steuereinnahmen entnommen werden kann.

Weiteres Thema war die Insolvenzregelung für regionale Kassen, die bislang, weil dem Freistaat zugeordnet, über keinerlei Rückstellungen für ihre Mitarbeiter verfügen. Dies kann laut Staatssekretärin nur langfristig ausgeglichen werden.

Nordbayerische Nachrichten vom 24.01.2007 S. 1/B1a

## **Gesundheitsexpertin sieht Chancen** **Marion Caspers-Merk zeigte sich vom Konzept der Pegnitzer Sana-Klinik überzeugt**

Die drohenden Konsequenzen der Gesundheitsreform ziehen ihre Kreise schon jetzt bis nach Pegnitz. In einem Brief wandte sich die Geschäftsführerin der Pegnitzer Sana-Klinik Ingrid Schmidt an die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD). Die Politikerin erkannte die Sorgen der Klinik und arrangierte einen Besuch der Gesundheitsexpertin Marion Caspers-Merk (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit. Ingrid Schmidt nutzte die Gelegenheit, den beiden Politikerinnen ihre Befürchtungen zur kommenden Reform darzulegen. Zwar sei eine Reform der Gesundheitsfinanzierung wünschenswert und dringend erforderlich, so Schmidt in ihrem Brief. Die erzielten Einsparungen durch verschiedene Maßnahmen stünden jedoch in keinem Verhältnis zu den pauschalen Budgetkürzungen.

Ein möglicher Stellenabbau im Krankenhaus stehe sogar im Raum. Sowohl Caspers-Merk als auch Ingrid Schmidt werteten die Gespräche vorsichtig positiv. Caspers-Merk bescheinigte der Pegnitzer Klinik jedoch großes Potenzial. "Hätten wir jetzt schon Fallpauschalen und keine Budgetierung mehr, würden hier heute schon schwarze Zahlen geschrieben." Caspers-Merk erklärte, die drohenden Budgetkürzungen für die Kliniken würden nahezu halbiert und so die Krankenhäuser entlastet.

Sorgen um künftige Versorgungsengpässe müsse jedenfalls keiner haben, bekräftigte Schmidt. Auch habe es nach dem OP-Stopp Ende vergangenen Jahres keinerlei Operationsstaus gegeben. „Einige wenige haben sich in unseren anderen Häusern operieren lassen, aber die Patienten hatten kein Problem damit bis ins Jahr 2007 zu warten.“ Auch seien für die Zukunft in Pegnitz keine Spezialisierungen auf ein bestimmtes Gebiet geplant. „Wir sind hier in Pegnitz in vielen Bereichen hervorragend aufgestellt, wir stehen auf einer wirtschaftlich gesunden Basis“, erklärte Ingrid Schmidt.

Die Gefahr, kleinere Häuser könnten in Zukunft nicht rentabel arbeiten sieht sie nicht. „Es kommt nicht auf die Größe einer Klinik an, sondern wie sie aufgestellt ist. Gewinne hängen nicht von Größenordnungen ab.“ Auch Anette Kramme sieht für das Pegnitzer Krankenhaus keine Gefahr. „Einerseits gibt es eine Sicherstellung der Notfallversorgung, andererseits befindet sich die Sana-Klinik auf einem hervorragenden Weg“.

### **Lage am Arbeitsmarkt**

Nordbayerischer Kurier vom 01.02.07, S. 21

## **Ohne Arbeit – in den besten Jahren** **Rente mit 67, aber mit 55 Jahren dauerarbeitslos – sind wir dem Jugendwahn verfallen?**

Die einen mit 67 Jahren in Rente, die anderen schon mit 55 Jahren dauerarbeitslos. Wie passt das zusammen? Ist die Herausforderung des Rentenalters angesichts abertausender arbeitslose Mittfünfziger nicht pervers? Brigitte Glos, Chefin der Arbeitsagentur Oberfranken in Bayreuth, hat es durch eine Freundin so erfahren: Plötzlich war die Mittfünfzigerin durch Entalterung ihres Betriebes die Firmenälteste und fragte sich verdutzt: „Wen kann ich denn jetzt noch um Rat fragen?“

Betriebe, die ihre Wertschöpfung aus dem Arbeitnehmer-Jungbrunnen beziehen, fördern den Jugendwahn unserer Gesellschaft und machen damit etwas grundfalsch. Sie werfen die Erfahrung und Zuverlässigkeit der Älteren und damit betriebswirtschaftliches Vermögen einfach weg. Sagt Peter Belina von der Industrie- und Handelskammer Bayreuth. Aber er kennt auch das Problem: Von 7,9 Millionen Rentenempfängern (1960) stieg die Zahl auf heute 19,4 Millionen. Der Jugendwahn hat Gründe. Jüngere Arbeitnehmer sind in der Regel kostengünstiger und weniger krank.

(Fortsetzung auf Seite 33)

(Fortsetzung von Seite 32)

Sie bestätigt in Kenntnis der Arbeitsmarktstatistik den Trend, ältere Arbeitnehmer früh in Ruhestand zu schicken beziehungsweise, sofern arbeitslos, nicht mehr einzustellen. Dies ist bis heute so, aber sie sieht auch, dass in manchen Betrieben allmählich ein Umdenken einsetzt. Nicht zuletzt auch durch Maßnahmen der Arbeitsagentur, sagt Glos. Durch Sonderprogramme zur Qualifizierung älterer Arbeitnehmer gelingt es, einige in die Arbeitswelt zurück zu vermitteln.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk sieht das Problem einer Gesellschaft, die einerseits überaltert ist und deshalb durch Heraufsetzen des Rentenalters das soziale Netz sichern muss. Aber auf der anderen Seite auch eine Missachtung der Leistungsbereitschaft älterer Arbeitnehmer. Er wünscht sich unabhängig von allen Förderprogrammen für diese Altersgruppe, die zusammen mit dem durch die Überalterung notwendig gewordenen Rentengesetz verabschiedet wurden, ein Umdenken der Betriebe.

Der Bayreuther Oppositionspolitiker Horst Friedrich (FDP) sieht diesen Widerspruch auch. Er fordert den Anspruch auf Verrentung mit 60 Jahren –sofern dass zur Verfügung stehende Einkommen die Höhe der Grundsicherung übersteigt. Seine Partei will den Arbeitgebern Anreize geben, vermehrt Ältere einzustellen. So sollen Zuverdienstmöglichkeiten geschaffen und die Bemessungsgrenzen aufgehoben werden. Dann müsste der Arbeitgeber keine Sozialversicherungsbeiträge abführen.

Die SPD-Abgeordnete Anette Kramme weist noch auf einen Umstand hin, der den Älteren die Teilhabe am Arbeitsleben sichern soll: Das Gleichstellungsgesetz sollte doch eigentlich auch vor Altersdiskriminierung schützen. Problem nur: Der Kündigungsschutz wurde von der Koalition aus diesem Gesetz heraus genommen.

Brigitte Glos hat neulich in einem Vortrag die provokante Frage gestellt: „Wo sind eigentlich die Leute in den besten Jahren? Erst sind sie zu jung, dann zu alt.“ Die Antwort kennt nur die Eintagsfliege.

## Sonstiges

### Wanderausstellung „Barrierefrei bauen“

Nordbayerischer Kurier vom 15.12.2007, S. 15

#### Gegen Barrieren im Alltag

##### Tipps für Architekten, denn: „Behindert ist man nicht, behindert wird man“

„Die Zukunft der Architektur ist alters- und behindertengerecht“, sagt Klaus Knorr, Direktor der AOK Bayreuth-Kulmbach, zur Eröffnung der Wanderausstellung „Barrierefrei bauen“ der Bayerischen Architektenkammer.

Die 'Ausstellung sei daher nicht nur für einen Teil der Gesellschaft wichtig, sondern für die Gesellschaft als Ganzes. Nach Bayreuth wurde die Wanderausstellung von der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme geholt. „Behindert ist man nicht, behindert wird man“, sagt die Abgeordnete in ihrem Grußwort.

Der Mensch dürfe sich nicht seiner Umgebung anpassen müssen, sondern die Umgebung müsse sich dem Menschen anpassen, fordert Kramme. Die Bundestagsabgeordnete verwies in ihrem Grußwort auf das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen. Dies zeige, dass mehr und mehr ein Bewusstsein für die barrierefreie Ges-

taltung öffentlicher Bereiche entstehe. „Doch Rechtsvorschriften greifen nur dann vollständig, wenn sie auch die Unterstützung der Bevölkerung erfahren“, so Kramme und forderte jeden Einzelnen auf, etwas für eine barrierefreie Umgebung zu tun.

„Die bloße Verkündung von Chancengleichheit und die Verabschiedung von Gesetzen sind ein richtiger Schritt. Aber genauso müssen auch Änderungen beim Verhalten und der Mentalität der Menschen bewirkt werden.“ Gerhard Beck, ein Nürnberger Architekt und freier Mitarbeiter der Bayerischen Architektenkammer, führte in die Ausstellung ein, die sich mit dem Tagesablauf von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen oder beispielsweise Eltern mit Kindern befasst.

Auf 16 Schautafeln wird verdeutlicht, mit welchen Hindernissen sich Betroffene täglich, konfrontiert sehen.

Fränkischer Tag vom 13.01.2007, S. 3

## Im Fadenkreuz des Wählers

### Auf „www.abgeordnetenwatch.de“ kann der Bürger den Politikern Fragen stellen

Bamberg - „Stimmen Sie diesem schwachsinnigen Gesundheitsreformgesetz zu? Sind Sie für eine Herabsetzung der Strafmündigkeit von 14 auf zwölf Jahre? Warum tut sich die CDU/CSU mit der Emanzipation der Frau so schwer?“ Das sind nur drei von mehr als tausend Fragen, die den Deutschen unter den Nägeln brennen - zumindest den Usern von [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de).

Seit einem Monat können auf dieser Internetseite die Bürger per E-Mail den Bundestagsabgeordneten und Regierungsgliedern auf den Zahn fühlen. [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) leitet die Fragen - sofern sie nicht beleidigend oder privater Natur sind - öffentlich an die Mandatsträger weiter.

Wenn der Abgeordnete antwortet, bekommt der Fragesteller einen Hinweis per E-Mail. Die Antwort wird dann auf [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) veröffentlicht, so dass jeder, der über einen Internetzugang verfügt, sie nachlesen kann. So einfach kann transparente Politik sein. Ziel von [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) ist es, „die parlamentarische Demokratie mit modernen Kommunikationsmitteln zu beleben“, wie der Gründer Gregor Hackmack sagt, der Mitglied der Bürgeraktion „Mehr Demokratie e.V.“ ist. Auf die Idee kamen er und andere Ehrenamtliche nach einer Volksabstimmung in Hamburg.

Viele Bürger hatten an den Infoständen ihren Unmut darüber ausgedrückt, dass sie die Abgeordneten nicht kennen würden. Die Folge war ein überparteiliches und politisch neutrales Internetportal, auf dem die

Bürger Fragen an die Parlamentarier stellen konnten.

„Keine schlechte Idee“, findet die Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär (CSU) aus Ebelsbach (Kreis Haßberge), weil das Angebot „dem Bürger die Politik näher bringt, sie transparenter macht, und die Kommunikation schnell und direkt stattfindet. Das fördert das gegenseitige Verständnis.“ Das sehen im Schnitt 30 000 User auch so, die sich täglich durch die Seiten klicken.

In den vier Wochen seit dem Start sind schon etwa 1300 Fragen zusammengelassen. Für Gregor Hackmack ein Zeichen dafür, dass trotz der vermeintlichen Politikverdrossenheit ein Interesse an politischen Sachfragen besteht. Bei Bundeskanzlerin Angela Merkel sind 19 Fragen aufgelaufen. Bisher hat sie noch keine beantwortet, was einen Nutzer gleich dazu veranlasste, sein Recht auf Information einzufordern. Das soll er demnächst auch bekommen. Merkels Büro hat zugesagt, die Antworten bald folgen zu lassen.

Dabei ist die Bandbreite der Fragen so enorm, wie der Gehalt der Antworten schwankt. Manche Parlamentarier sind sehr kurz angebunden, andere verwenden Bausteine aus Wahlprogrammen, wieder andere schreiben lange Erläuterungen. So wie die SPD-Abgeordnete Anette Kramme aus Bayreuth. Von oberflächlichen Formeln hält sie nicht viel. „Mein Büro und ich versuchen jede Frage so gut es geht zu beantworten. Denn vom Grundsatz her ist dieses Portal wirklich eine prima Idee.“ Das Problem seien nur die Kapazitäten.

„Die Beantwortung von Online-Fragen kann nicht zur vorrangigen Aufgabe eines Abgeordneten werden. Denn da ist schnell mal ein Arbeitstag rum.“ Neben den Fragen gibt es aber noch einen interessanten Punkt: Es wird das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten dokumentiert, ob sie mit „Ja“, „Nein“ oder einer Enthaltung votierten – oder ob sie gar nicht teilgenommen haben.

Der Stimmkreisabgeordnete der Haßberge, Eduard Lintner (CSU), hat beispielsweise beim Beschluss über die Mehrwertsteuererhöhung gefehlt. „Warum stimmen Sie bei einer so wichtigen Abstimmung nicht mit ab? Sind Sie für oder gegen diese Abzocksteuer?“, fragte ihn Werner Schorn, von Beruf Geschäftsführer.

Die Antwort geht dem Staatssekretär a.D. jedoch leicht von der Hand: „Wegen einer notwendigen, vom Präsidium des Deutschen Bundestages genehmigten Dienstreise, habe ich an der Abstimmung nicht teilgenommen.“

Und warum tut sich nun die CDU/CSU mit der Emanzipation der Frau so schwer? Das wollte Anna Geiger wissen, die in der Schule über die verschiedenen Parteien und ihre Vorhaben diskutiert hat. Mit freundlichen Grüßen antwortet ihr Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg: „Die Emanzipation der Frau ist gottlob längst Realität. Die CSU tut sich nach meiner Kenntnis ebenso wenig schwer wie die gesamte Gesellschaft.“

